

Würzburger Jean-Monnet-Papers



Julius-Maximilians-
**UNIVERSITÄT
WÜRZBURG**

JMP 1

Gisela Müller-Brandeck-Bocquet,
Manuel Pietzko, Anja Zürn

**Die Zukunft der
Europäischen Union:
Potenziale besser nutzen**

Über das Projekt

Die Würzburger Jean-Monnet-Papers (JMP) sind Teil der Arbeiten des Jean-Monnet-Lehrstuhls von Prof. Dr. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet an der JMU Würzburg unter dem Projekttitel „Die Europäische Union jenseits der Krisen: Neues Vertrauen in die Potenziale der EU schaffen“. Weitere Arbeiten und Informationen können unter www.maineuropa.eu abgerufen werden. Das Projekt wird von der Europäischen Kommission kofinanziert.

Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen geben ausschließlich die der Autorinnen und Autoren und nicht die der Herausgeberin oder der Europäischen Kommission wider.

Herausgeberin:
Prof. Dr. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet
Julius-Maximilians-Universität Würzburg
Jean-Monnet-Lehrstuhl
Professur für Europaforschung und Internationale Beziehungen

© Julius-Maximilians-Universität Würzburg
Professur für Europaforschung und
Internationale Beziehungen
Wittelsbacherplatz 1
97074 Würzburg
Tel.: +49 931 - 31-84854
ib@uni-wuerzburg.de
<http://politikwissenschaft.uni-wuerzburg.de>
Alle Rechte vorbehalten.
Würzburg 2018.

Dieses Dokument wird bereitgestellt durch
den Publikationsservice der Universität
Würzburg.

Universitätsbibliothek Würzburg
Am Hubland
D-97074 Würzburg
Tel.: +49 931 - 31-85906
opus@bibliothek.uni-wuerzburg.de
<https://opus.bibliothek.uni-wuerzburg.de>
Titelblattgestaltung: UB Würzburg

ISSN: 2625-6193



Zitiervorschlag:

Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela/Pietzko, Manuel/Zürn, Anja 2018: Die Zukunft der Europäischen Union: Potenziale besser nutzen, in: Würzburger Jean-Monnet-Papers, Nr. 1 (2018). URN: [urn:nbn:de:bvb:20-opus-165590](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bvb:20-opus-165590)

Die Zukunft der Europäischen Union: Potenziale besser nutzen

Gisela Müller-Brandeck-Bocquet / Manuel Pietzko / Anja Zürn

Abstract

Die EU als ein Integrationsprojekt *sui generis* mit ihrem trans- bzw. postnationalen Verständnis von Souveränität und Staatlichkeit ist Garant für den Frieden, für die Schaffung und den Erhalt von Wohlstand in Europa. Darüber hinaus ist sie zu einer wichtigen Akteurin in den internationalen Beziehungen geworden, die die Weltordnung im Geiste von Multilateralität und Multipolarität mitgestaltet.

Zahlreiche interne Krisen haben die EU im letzten Jahrzehnt jedoch spürbar belastet und mehrere interne Spannungen oder gar Bruchlinien sichtbar werden lassen, die ihre Handlungsfähigkeit in Frage stellen. Der internationale Kontext mit neuen Sicherheitsgefährdungen, der neue, sich im Slogan „America First“ ausdrückende US-Unilateralismus sowie der anstehende Brexit zwingen die EU nun, ihre zahlreichen Potenziale besser auszunutzen und einzusetzen.

Als Potenzialthemen der EU identifiziert vorliegender Beitrag: (1) die Vertiefung und Intensivierung der Gemeinsamen Außen-, Sicherheit-, und Verteidigungspolitik, (2) die EU-Klimapolitik und die Übernahme einer Vorreiterrolle sowie (3) die Zusammenarbeit mit aufstrebenden Mächten/*emerging powers*.

Das erste Würzburger Jean-Monnet-Paper leuchtet die drei Potenzialthemen aus und fragt insbesondere nach den erforderlichen Weichenstellungen, um sie in Zukunft besser nutzen zu können.

Online publiziert: 13.08.2018

© Professur für Europaforschung und Internationale Beziehungen

Zu den Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet ist Inhaberin der Professur für Europaforschung und Internationale Beziehungen der Julius-Maximilians-Universität Würzburg. Seit 2017 führt ihre Professur das Prädikat Jean-Monnet-Lehrstuhl.

Manuel Pietzko M.A. ist seit 2014 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Europaforschung und Internationale Beziehungen an der Universität Würzburg. Seine Master-Abschlüsse erwarb er an der Universität Würzburg und der KU Leuven, Belgien.

Anja Zürn M.A. ist seit 2016 Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Europaforschung und Internationale Beziehungen an der Universität Würzburg. Ihren Master-Abschluss erwarb sie im Fach Political and Social Sciences an der Universität Würzburg.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
2. Potenzialthemen der EU	4
3. Weltpolitik im Umbruch	5
4. Potenzialthema Außen, Sicherheit und Verteidigung.....	7
4.1 Unausgereiftes Akteursprofil der EU auf der internalen Ebene.....	7
4.2 Ausbaupotenziale in der EU-Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.....	9
5. Potenzialthema EU-Klimapolitik	11
5.1 Die Rolle der EU in den internationalen Klimaverhandlungen	12
5.2 Die EU – wiedererstarkender Klimaschutzleader?.....	14
5.3 Klimaschutzpolitik – ein Potenzialthema der EU?	15
6. Potenzialthema EU-Beziehungen zu den emerging powers	16
6.1 Begriff der emerging powers	17
6.2 Die BRICS als mächtigste Vertreter der emerging powers?	17
6.3 Potenziale und Herausforderungen der B(R)ICS am Beispiel der VR China	19
6.4 Beziehungen der EU zu den emerging powers als Potenzialthema	20
6.5 Die EU Global Strategy als mögliche Zeitenwende für die EU-emerging powers-Beziehungen.....	23
6.6 Ausblick.....	24
7. Fazit	25
Literaturverzeichnis	26

1. Einleitung

Die EU als ein Integrationsprojekt *sui generis* mit ihrem trans- bzw. postnationalen Verständnis von Souveränität und Staatlichkeit galt lange Zeit als ein vielversprechendes Modell für die Garantie des Friedens, für die Schaffung und den Erhalt von Wohlstand in Europa. Dabei wurde auch die Ausübung von normativer Macht als spezifisch europäischer, positiv zu bewertender Beitrag zur internationalen Politik gewertet. Das Loblied auf und die Erwartungen an die EU als Weltmacht im Werden, als weltpolitische Akteurin mit großen Möglichkeiten und Chancen wurden vor allem in den späten 1990er und den frühen 2000er Jahren gesungen bzw. formuliert. Kurz: Der EU wurden - trotz aller Defizite, Überkomplexitäten und weiterhin bestehender Unzulänglichkeiten - große Potenziale zur Mitgestaltung der Weltordnung attestiert.

Doch bald nach der Jahrtausendwende traten innerhalb der EU gravierende Verwerfungen auf. So scheiterte der ehrgeizige Verfassungsvertrag 2005 an zwei negativen Referenden (in Frankreich und in den Niederlanden) und konnte nur mühsam und mit Abstrichen 2009 in den Lissabonner Vertrag hinübergerettet werden. Auch angesichts der sich ab 2009/2010 zusammenbauenden schweren Polykrise (Jean-Claude Juncker) hat die EU ihr Selbstvertrauen weitgehend verloren und ihren vormaligen Modellcharakter radikal eingebüßt. Ja, auf dem Höhepunkt der Polykrise, im *annus horribilis* 2016, das ganz im Zeichen des Brexit-Referendums stand, wollten einige Beobachter gar ein Scheitern der EU nicht mehr ausschließen. Seither hat die Integrationsgemeinschaft ihren Überlebenswillen als EU-27, d.h. in Antizipation des britischen Austritts, bekräftigt und ist nach zahlreichen wichtigen Wahlentscheidungen des Jahres 2017 nun auch in der Lage, zentrale Reformen zur Absicherung und Gestaltung ihrer Zukunft anzupacken.

Zeitgleich zur innereuropäischen Polykrise haben sich die internationalen Beziehungen substantiell verändert. Die internationale Weltordnung ist seit einigen Jahren tiefgreifenden Veränderungen unterworfen, in vielen Weltregionen stehen die Zeichen auf Renationalisierung, auf Protektionismus und Autoritarismus. In dieser brandgefährlichen Situation sollte die EU sich auf ihre wahre Bestimmung rückbesinnen und ihr Profil als bedeutende, multilateral ausgerichtete und für eine friedliche, nachhaltige und regelbasierte Weltordnung nützliche Akteurin schärfen und ausbauen. De facto stehen ihr die hierfür notwendigen Macht-, Gestaltungs- und Einflussmittel in erheblichem Maße zur Verfügung, allerdings müssen diese oftmals erst noch gebündelt und faktisch zum Einsatz gebracht werden.

Andererseits muss die EU aber auch einen klaren, identifizier- und kommunizierbaren Mehrwert für ihre Mitgliedstaaten und insbesondere die Bürger_innen Europas erbringen, um dem grassierenden, per se EU-skeptischen (Rechts)Populismus Einhalt zu gebieten. Außerdem sollte sie auch Schutz bieten können vor den mannigfaltigen Bedrohungen, die die unberechenbare aktuelle Weltordnung für Europa, seine Bürger und unser aller Zukunft bereithält. Somit lautet die zentrale, die ganz wesentliche Frage dieses Beitrags: Kann die EU dies leisten? Auf welche Potenziale kann sie sich stützen und wie kann sie diese ihre Potenziale nutzen, um Zukunft zu gestalten?

2. Potenzialthemen der EU

Vorliegender Beitrag ist das erste ausschließlich online veröffentlichte Jean-Monnet-Paper der Würzburger Professur für Europaforschung und Internationale Beziehungen, die seit September 2017 auch als Jean-Monnet Lehrstuhl fungiert.¹ In dem dieser Verleihung zu Grunde liegenden Projektantrag wurde ein Tätigkeits- und Forschungsprofil vorgeschlagen, das auf sogenannten Potenzialthemen der EU fokussiert. Als solche wurden identifiziert: (1) die Vertiefung und Intensivierung der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, (2) die EU- Klimapolitik und die Übernahme einer Vorreiterrolle sowie (3) die Zusammenarbeit mit aufstrebenden Mächten / *emerging powers*.

Diese Auswahl beruht auf der Annahme, dass die EU in diesen Themenfeldern entweder über im internationalen Vergleich besonders große Erfahrungen, gute Voraussetzungen sowie ausreichenden Handlungswillen verfügt, um hier substanzielle Beiträge leisten und Fortschritte ermöglichen zu können (Klimawandel, Beziehungen zu *emerging powers*), oder dass die vollumfängliche Erschließung des Potenzialthemas ganz weit oben auf der Liste der Zukunftsaufgaben der EU steht, wie dies bei der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Fall ist, in der zweifelsohne ein markanter Nachholbedarf besteht.

Alle drei hier im Zentrum stehenden Potenzialthemen zählen zu den Kernbeständen des EU-Handelns, in den letzten Jahren haben sie gar noch einen beträchtlichen Bedeutungszuwachs und damit eine Intensivierung erfahren. (1) In Folge der historischen Zeitenwende vom Ende der 1980er Jahre (Fall der Berliner Mauer, deutsche Wiedervereinigung, Ende des Ost-West-Konflikts, US-amerikanisches *disengagement*) begann die EU – zaghaft, das ist wahr – im Maastrichter Vertrag eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) aufzubauen, die im Vertrag von Nizza um eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik GSVP² erweitert wurde. Damit sollte die internationale Akteursqualität der EU neu ausgerichtet und dezidiert gestärkt werden. Nach etlichen Jahren der Stagnation erfuhr dieser Prozess letztlich eine beachtliche Wiederbelebung, die jedoch noch konsolidiert, konkretisiert und verstetigt werden muss. (2) Lange galt die EU als Vorreiterin im internationalen Klimaschutz, insbesondere bei Vorbereitung, Beschlussfassung und Umsetzung des Kyoto-Protokolls. Im Post-Kyoto-Prozess jedoch hat die EU diese Vorreiterrolle verloren, obwohl sie nach wie vor die weltweit ambitionierteste und verlässlichste Akteurin im Kampf gegen die Erderwärmung ist. Angesichts der Turbulenzen um und der verbleibenden Unzulänglichkeiten des Pariser Klimaabkommens vom Dezember 2015 liegt hier ein Aufgabenfeld vor, das die EU als herausragend wichtiges Potenzialthema begreifen und politisch gestalten muss. (3) Auch der seit jeher im Zentrum des Außenhandelns der Integrationsgemeinschaft stehende Bereich der Handelsabkommen und Partnerschaften mit Drittstaaten stellt zweifelsohne ein Potenzialthema der EU dar, das ebenfalls in den letzten beiden Jahrzehnten eine Intensivierung und Neuausrichtung erfahren hat. So hat die EU ein weitausgreifendes Netz an sogenannten Strategischen Partnerschaften mit nahezu allen wichtigen globalen und regionalen Mächten aufgebaut. Mit Hilfe solcher Beziehungen und Partnerschaften zu Drittstaaten oder -regionen versucht sie, ihre strategischen Interessen und Ziele zu wahren und zu verwirklichen. Strategische Partnerschaften wurden insbesondere mit den großen aufsteigenden Schwellenländern / *emerging*

¹ Die Tätigkeiten des Jean-Monnet-Lehrstuhls von Prof. Dr. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet werden von der Europäischen Union im Rahmen des Erasmus+-Programms kofinanziert.

² Bis zum Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags sprach man von ESVP – Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Hier wird um der Einheitlichkeit willen durchgängig der Begriff Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) verwendet.

powers aufgebaut, zur Volksrepublik China (seit 2003), zu Indien (seit 2004), zu Brasilien, Südafrika und zur Afrikanischen Union (seit 2007). Dieses Netzwerk an Partnerschaften fließt in das Potenzial ein, das die EU in den Aufbau einer verlässlichen multipolaren Weltordnung einbringen kann. Es wird in der *EU Global Strategy* „Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe“ aus dem Jahr 2016 mehrfach adressiert.

Bei der Auswahl der Potenzialthemen wird weiterhin von der Annahme ausgegangen, dass in der derzeitigen internationalen Konstellation die EU gerade in diesen Politikbereichen in besonderem Maße gefordert bleibt, denn sie gehören zu den großen Herausforderungen unserer Zeit. Die EU kann damit ihre originäre Berufung ausfüllen, als post-nationale Entität *sui generis* zur verantwortlichen und partnerschaftlichen Gestaltung einer multipolaren Weltordnung aktiv und innovativ beizutragen. Eine bessere und erfolgreichere Nutzung ihrer Potenziale würde der EU zugleich auch die Gelegenheit und Chance verschaffen, das im Getöse der bereits angesprochenen Polykrise verloren gegangene interne und externe Vertrauen wieder zu erneuern.

Der Beitrag wird zunächst knapp den aktuellen internationalen Kontext darlegen und fragen, vor welche Herausforderungen er die EU stellt; bietet er der EU gar ein besonders großes „window of opportunity“ zur aktiven Mitgestaltung und zukunftsfesten Ausrichtung der künftigen Weltordnung an? Anschließend werden die drei identifizierten Potenzialthemen skizziert.⁵

3. Weltpolitik im Umbruch

Die Weltordnung ist derzeit im Umbruch. Dem könnte man entgegenhalten, dass dies nichts Neues ist, dass die Weltordnung konstant einen Wandel erfährt, sich permanent an neue Konstellationen, Herausforderungen, Kräfteverhältnisse etc. anpasst. Dennoch wird hier der Annahme gefolgt, dass dieser weltpolitische Umbruch gerade heutzutage besonders tiefgreifend, schnell und geradezu verstörend abläuft.

Das Ende des Ost-West-Konflikts, der Zusammenbruch der Sowjetunion, die damit verbundene Auflösung der den Kalten Krieg prägenden Block- oder Lagermentalität und Allianzen haben zu einem ersten gewaltigen Umbruch der Nachkriegs-Weltordnung geführt. Verkürzt könnte man sagen, dass aus den Trümmern dieser Umwälzungen das neue Weltordnungsmodell der *Global Governance* entstand, die durch Verregelung und Verrechtlichung sowie durch intensive transnationale Kooperation unter massiver Einbeziehung nicht-staatlicher Akteure für eine „bessere“, friedlichere und gerechtere, inklusivere internationale Ordnung sorgen sollte und wollte. Dieses weitgehend westlichen Wertevorstellungen von Governance folgende Leitbild wurde bald von Mitgestaltungsforderungen der aufsteigenden Schwellenländer, der *emerging powers*, herausgefordert, die ihre rasant wachsende Wirtschaftsmacht auch in steigende politische Teilhabe und Einflussnahme übersetzten wollten (Schirm 2006). Die tradierte bi- und vorübergehend unipolare Weltordnung (Krauthammer 1990) war erneut im Umbruch und auf der Suche nach tragfähigen multipolaren Strukturen. Der Aufstieg der *emerging powers* beförderte gleichzeitig das Phänomen der *Club Governance* (Schneckener

⁵ An dieser Stelle sei bereits darauf verwiesen, dass diesem ersten Würzburger Jean-Monnet-Paper weitere folgen werden, die die Ausgestaltung der Potenzialthemen vertiefen, die jeweils einschlägigen EU-Positionierungen und Entscheidungen einer kritischen Analyse unterziehen und auf Defizite und verbleibende Herausforderungen hin überprüfen werden.

2009) und damit den Trend, in selbstgewählten Formaten als BRICS, als IBSA, als Shanghai-Gruppe und insbesondere als G20 Weltordnung (mit)gestalten zu wollen. Dabei vermeidet die *Club Governance* formalisierte Verfahren und Strukturen weitgehend und verlässt die Wege des klassischen, institutionalisierten Multilateralismus wie er insbesondere von den Vereinten Nationen repräsentiert wird (Scheuermann 2011). Inwiefern die *Club Governance* diesen herkömmlichen, institutionalisierten Multilateralismus stärkt oder schwächt, lässt sich derzeit noch nicht verlässlich beurteilen; zweifelsohne macht er ihm aber Konkurrenz.

Für manche Beobachter_innen und Analyst_innen der internationalen Beziehungen aber sind die bisher erfolgten Schritte zur Schaffung einer tragfähigen multipolaren Weltordnung weder ausreichend noch überzeugend. So hat der ehemalige französische Außenminister Laurent Fabius den Begriff der Null-Polarität (*zéro polarité*) geprägt, um den alarmierenden Zustand der aktuellen Lage zu beschreiben. Am Beispiel des Syrienkonflikts geißelte Fabius bereits 2013 die Unfähigkeit regionaler und internationaler Organisationen wie insbesondere der UNO, den Krieg zu beenden. Während sich wichtige Akteure zunehmend zurückzögen - angesprochen werden hier die vom Irakkriegs-Misserfolg geprägten USA und Großbritannien -, wären die BRICS-Staaten (noch) nicht bereit, ihren Mitgestaltungsansprüchen auch Taten folgen zu lassen. Daher, so Fabius, müsse im kommenden Jahrzehnt eine „strukturierte“ Multipolarität geschaffen werden, was angesichts der Rückkehr der Geopolitik mit ihrem Macht- und Einflussstreben ein höchst schwieriges Unterfangen werden wird (Fabius 2013).

Das Wiederaufleben geopolitischer Spannungen und (militärischer) Machtpolitik, einhergehend mit einer „immer höheren Gewaltanfälligkeit“, spielt auch in einer weiteren alarmierenden Bestandsaufnahme zur aktuellen internationalen Ordnung eine große Rolle. In der Tat sieht Hanns W. Maull in einer jüngsten SWP-Studie die internationale Ordnung im Umbruch. Neben der Rückkehr der Geopolitik sind laut Maull die Entwicklungen seit 1990 vor allem geprägt von der wachsenden „Zahl relevanter staatlicher und nicht-staatlicher Akteure“, einer größeren „Heterogenität der Interessen in der Weltgesellschaft“ sowie der hohen „Dichte der Interaktionen in allen Bereichen der internationalen Beziehungen“ (Maull 2017a: 17). Weiterhin heißt es: „Zweifelloso befindet sich die internationale Ordnung in einem tiefgreifenden Transformationsprozess. Der Aggregatzustand der Politik scheint sich über ihr gesamtes Spektrum hinweg qualitativ zu verändern, gewissermaßen zu verflüssigen“. Ein „synchrones Scheitern“ der internationalen Ordnung [sei] nicht auszuschließen“ (Maull 2017a: 17). Und: „Die internationale Ordnung dürfte in absehbarer Zeit eher fragil und in sich widersprüchlich bleiben [...] nicht zu rechnen ist mit einer Wende zu einer ‚dichteren‘ internationalen Ordnung [...] Es geht also nicht um einen ‚Machtwechsel‘ von einer Pax Americana zu einer Pax Sinica, sondern um einen Paradigmenwechsel von einer festen zu einer verflüssigten Weltordnung“ (Maull 2017b: 130).

Für den „rapiden Verfall westlicher Dominanz“ innerhalb der in einem Auflösungsprozess befindlichen tradierten liberalen internationalen Ordnung macht Maull in besonderem Maße die Außenpolitik unter US-Präsident George W. Bush in seiner ersten Amtszeit (2001-2005) verantwortlich bzw. „die verheerenden Folgen der fehlgeleiteten militärischen Interventionen in Afghanistan und Irak“ (Maull 2017b: 120). Folglich ist in dieser Bestandsaufnahme zum besorgniserregenden Zustand der Welt die ambivalente Bilanz der Außenpolitik von US-Präsident Obama noch gar nicht berücksichtigt (Rudolf 2016).

Zweifelsohne verschärft der chaotisch-unlesbare Kurs des amtierenden US-Präsidenten Donald Trump die Diagnose einer gravierenden Gefährdung der liberalen Weltordnung ganz we-

sentlich. Denn diese ist heutzutage nicht nur durch das bereits erwähnte Streben nach vermehrter Mitsprache und Mitgestaltung seitens der *emerging powers*, an erster Stelle der VR China, herausgefordert sowie durch den grassierenden, zunehmend aggressiv auftretenden Autoritarismus eines Vladimir Putin und Recep Erdoğan. Vielmehr kommt seit Donald Trumps Amtsantritt im Januar 2017 der Frontalangriff auf die tradierte liberale Weltordnung nun auch „von innen, von einem Präsidenten, der die Ängste vor den Folgen der Globalisierung, die Skepsis gegenüber kostspieligen internationalen Verpflichtungen [...] nutzt und sich zu eigen macht“ (Rudolf 2017: 51). Die desaströsen Auswirkungen aller Facetten der vorrangig per Twitter kommunizierten „America first“-Politik des amtierenden US-Präsidenten hält derzeit die Welt in Atem; sie haben das Potenzial, durch die Aufkündigung mühsam geschlossener internationaler Abkommen (Pariser Klima-Abkommen, Iran-Nuklear-Abkommen) und das Anzetteln eines veritablen Handelskrieges, die Welt ins Chaos zu stürzen.

So kann es letztlich nicht verwundern, dass sich seit Trumps Amtsantritt diesseits und jenseits des Atlantiks die Forderungen und Apelle mehren, dass Europa, dass die EU die von den USA aufgegebenen Rolle als Verteidigerin und Verfechterin einer liberalen Weltordnung übernehmen müsse. Angesichts beunruhigender Entwicklungen in Russland und in China – und in Indien muss hier ergänzt werden – sei nur die EU in der Lage, den Stab zu übernehmen (Bindenagel 2018; Kupchan 2017). Auch Fabius und Maull sehen in ihren Analysen zur Weltpolitik im Umbruch in sehr hohem Maße die EU gefordert.

Aber kann die EU „den Stab übernehmen“? Will sie das? Will und kann sie den momentanen Aus- und Wegfall der USA als zentrale weltpolitische Gestaltungsmacht nutzen, um sich selbst vermehrt ins Spiel zu bringen? Will und kann sie die neue internationale Lage zum Anlass nehmen, um sich zu einer veritablen, vollumfänglichen Weltmacht zu mausern? Dies sind Gretchenfragen gewaltigen Ausmaßes, die sich – so trivial gestellt – nicht frontal beantworten lassen.

Mit Ex-Außenminister Joschka Fischer lässt sich zudem festhalten, dass „weit und breit keine andere Macht“ in Sicht sei „nicht China, nicht Indien, nicht Europa und nicht Russland –, die in der Lage wäre, gegenwärtig die globale Rolle der USA zu übernehmen und in deren sehr große Schuhe als globale Ordnungsmacht zu schlüpfen“ (Fischer 2018: 28). Daher wird im Folgenden eine Art Umweg gegangen, indem obenstehende Fragen auf die bereits identifizierten drei Potenzialthemen heruntergebrochen und entsprechend themenspezifisch umformuliert wird: Welche Beiträge zu einer tragfähigen künftigen internationalen Ordnung kann die EU leisten, wenn es ihr gelingt, diese Potenziale tatsächlich zu aktivieren und auszuschöpfen? Ob sich aus deren Vernetzung und Verknüpfung ausreichend Synergien schaffen lassen, damit sich die EU insgesamt als eigenständiger Machtfaktor von weltweitem Gewicht etablieren kann, kann wohl erst in einigen Jahren evaluiert werden.

4. Potenzialthema Außen, Sicherheit und Verteidigung

4.1 Unausgereiftes Akteursprofil der EU auf der internalen Ebene

Die EU ist eine weltweit einzigartige Integrationsgemeinschaft, die durch eine teilweise Souveränitätsverlagerung auf die supranationale, europäische Ebene, durch die Errichtung politischer Institutionen auf dieser Ebene sowie die Beibehaltung großer Kompetenzbestände der Mitgliedstaaten eine politische Entität *sui generis*, der ganz eigenen Art, geschaffen hat. Zur

Erfolgsbilanz von EWG/EG/EU zählen: Aussöhnung zwischen den Völkern zunächst Westeuropas nach den Katastrophen des Zweiten Weltkriegs, verlässliche Friedensschaffung, Wohlstandsgenerierung, sukzessive geographische Ausdehnung des Integrationsgeschehens durch die verschiedenen Erweiterungen und damit Demokratisierung und Stabilisierung des europäischen Kontinents, Vertiefung der Integration durch substanzielle Kompetenzerweiterungen zugunsten der Union und vieles mehr. Zweifelsohne hat sich die EU im Laufe der Zeit zu einer Welthandelsmacht von enormer internationaler Bedeutung entwickelt, mit weltweiten Einflussmöglichkeiten, die das Ökonomische inzwischen deutlich überschreiten.

Gleichwohl ist es dieser Weltwirtschaftsmacht EU bis auf den heutigen Tag nicht gelungen, sich auf internationaler Ebene im Allgemeinen und im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Besonderen eine ihrer Wirtschaftsmacht vergleichbare Akteursqualität zu verschaffen. Dies hat vielfältige und durchaus auch nachvollziehbare Gründe. So verzichtete die EWG/EG angesichts des weltpolitischen Kontextes des Kalten Krieges mit seinen bipolaren Allianzstrukturen und nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im Jahr 1954 für eine sehr lange Zeit darauf, den Integrationsprozess auch auf die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik auszudehnen. Zu groß waren die sicherheitspolitischen Gefahren, zu stark auch die Souveränitätsvorbehalte ihrer Mitgliedstaaten.

Erst Infolge der historischen Zeitenwende vom Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre (Fall der Berliner Mauer, deutsche Wiedervereinigung, Ende des Ost-West-Konflikts, Rückkehr des Krieges nach Europa, nach Jugoslawien, zunehmend häufigere Konflikte in krisengeschüttelten Nachbarregionen, die im Zeichen fragiler Staatlichkeit standen) begann die EU, mit der Begründung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik GASP im Maastrichter Vertrag und einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik GSVP im Vertrag von Nizza, ihre internationale Akteursqualität neu auszurichten und dezidiert zu stärken. Damit fügte sie den traditionellen Bereichen ihres internationalen Handelns wie insbesondere der Handelspolitik und der Entwicklungszusammenarbeit neue Dimensionen hinzu, GASP und GSVP eben, die in die hochsensiblen Politikfelder der äußeren Souveränität der Mitgliedstaaten hineinreichen und daher dezidiert intergouvernemental ausgestaltet wurden (Müller-Brandeck-Bocquet/Rüger 2015: 61 ff.).

Der mit der GSVP verknüpfte Einstieg der Europäischen Union in operative Sicherheitspolitik hatte zur Folge, dass sich die „normative power“ EU (Manners 2002) in eine „Friedensmacht“ (Ehrhart 2002) bzw. eine „Zivilmacht mit Zähnen“ (Steinmeier 2007) verwandelte. In ihrer ersten Sicherheitsstrategie „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ aus dem Jahr 2003 schuf sich die EU das korrespondierende Selbstbildnis einer „transformative power“ (Grabbe 2005), die krisengeschüttelte Drittstaaten stabilisieren und demokratisieren möchte.

Dennoch verblieb die außen- und sicherheitspolitische und somit die internationale Akteursqualität der EU schwach und von Besonderheiten geprägt. Im komplexen Mosaik der EU-Außenpolitik stellen GASP und GSVP lediglich zwei von insgesamt 13 Bausteinen dar (Müller-Brandeck-Bocquet/Rüger 2015: 10). Zudem sind GASP und GSVP deutlich intergouvernemental geprägt, sie weisen den Gemeinschaftsorganen wenig, den Mitgliedstaaten sehr viel Entscheidungskompetenzen zu. Damit sind GASP und GSVP nur ansatzweise „gemeinsam“ und europäisiert. In ihrer heutigen Beschaffenheit lassen GASP und GSVP nur bedingt einheitliches, schnelles und entschlossenes Handeln zu.

Als Besonderheit der operativen Kapazitäten der GSVP ist festzuhalten, dass die seit 1999 aufgebauten, insgesamt noch immer sehr bescheidenen militärischen und zivilen Fähigkeiten

ausschließlich der Krisenintervention in Drittstaaten gewidmet sind, sie dienen nicht der Landesverteidigung der EU-Mitgliedstaaten.

Bei der sukzessiven Entwicklung und Ausgestaltung der internationalen sowie der außen- und sicherheitspolitischen Akteursqualität der EU wurde und wird somit noch immer eine ausgeprägte Pfadabhängigkeit wirksam, die mit dem Scheitern der EVG bereits in den 1950er Jahren angelegt worden war und die die Möglichkeiten und Optionen der EU noch heute deutlich limitiert. Muss, kann und sollte das so bleiben?

4.2 Ausbaupotenziale in der EU-Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Angesichts des Umbruchs in der internationalen Ordnung, ihrer Untergrabung aus den verschiedensten Himmelsrichtungen und neuerdings gar auch von jenseits des Atlantiks ist die EU deutlich wie noch niemals zuvor dazu aufgerufen, fundamentale Ordnungsprinzipien wie liberale und demokratische Werte und Normen, Multilateralismus und seine Regeln und Institutionen zu verteidigen. Denn die „EU steht wie kein anderer internationaler Akteur für Weltoffenheit, für liberale Werte und für den Versuch einer Steuerung der Globalisierung durch internationale Normen, Regeln und Organisationen“ (Dembinski 2017: 70). Als politische Entität *sui generis*, die maßgeblich auf der Akzeptanz und dem Respekt von Recht und Regeln beruht, ist sie in höherem Maße als gewöhnliche Nationalstaaten auf den Erhalt einer verregelten und verrechtlichten Weltordnung angewiesen. Denn die EU ist, wie Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Union 2017 formulierte „kein Staat, aber sie ist ein Rechtsstaat“ (Juncker 2017). Das Leitbild einer multipolaren und multilateralen, einer regelbasierten *Global Governance* ist in der Tat in der DNA der EU verankert.

Aufgrund der großen Wirtschafts- und Handelsmacht der EU ist davon auszugehen, dass sie im möglicherweise anstehenden weltweiten, vor allem von den USA unter Trump ausgelösten Handelskrieg ihre ökonomischen Interessen zu verteidigen wissen wird. Da die EU wichtigster Handelspartner für mehr als 80 Staaten ist, stehen ihr über den sogenannten „Brüssel-Effekt“ zudem wirksame Instrumente zur Verfügung, um den Freihandel und den internationalen Wettbewerb nicht nur zu erhalten, sondern gerechter, verlässlicher und fairer zu gestalten (Coeuré 2017).

Für das hier zentral adressierte Potenzialthema der (genuinen) Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU sind die Voraussetzungen für deren Ausbau und Stärkung weniger gut. Hier schlagen sich – wie bereits erwähnt – die strukturellen, pfadabhängigen Restriktionen negativ zu Buche. Dies lässt zum einen viel Luft nach oben. Zum anderen ist der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini zuzustimmen, wenn sie in der neuen Globalen Strategie der EU aus dem Jahre 2016 festhält: „[A]ls Union mit fast einer halben Milliarde Bürgern verfügen wir über ein beispielloses Potenzial [...]. Es ist aber auch klar, dass wir unser Potenzial noch nicht in vollem Umfang ausschöpfen“.

So sind in der Tat sehr hohe politische Erträge zu erwarten, sollte es der EU-27 gelingen, die in den verschiedenen Bausteinen ihres außenpolitischen Mosaiks bereitstehenden Handlungsmöglichkeiten besser verzahnt und vernetzt zum Einsatz zu bringen. Ein besonders geeignetes Untersuchungsfeld wird daher sein, ob und inwieweit die EU bei der Umsetzung ihres

neuen Leitbildes, der Schaffung von Resilienz in der östlichen und südlichen Nachbarschaft, erfolgreich sein wird⁴.

Zweifelsohne aber stehen der EU die größten Herausforderungen im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bevor. Hier ist aufgrund des Brexits der gravierendste und dringlichste Handlungsbedarf zu verorten, weil die EU-27 den künftig entfallenden Beitrag des international gewichtigen Vereinigten Königreichs wird ausgleichen müssen. Präsident Trumps ungeklärte Haltung zur NATO und sein brachiales Drängen auf transatlantisches *burden sharing* tun ein Übriges, um die beiden Politikfelder Sicherheit und Verteidigung ganz weit oben auf die Agenda der EU zu setzen. Und in der Tat bestätigen die jüngsten Beschlüsse zur Schaffung eines EU-Hauptquartiers und zur Errichtung einer „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ im Verteidigungsbereich nach Art. 42.6 des Lissabonner Vertrags, bekannter als PESCO (Permanent Structured Cooperation), sowie die Auflegung eines Milliarden Euro schweren Rüstungsfonds, dass sich EU und ihre Mitgliedstaaten dieses dringlichen Handlungsbedarfs bewusst sind. Auch bestätigt sich an diesen Beschlüssen aus dem zweiten Halbjahr 2017, dass es über Jahrzehnte hinweg tatsächlich vor allem die Briten waren, die jedes Streben nach europäischer Autonomie in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik um der Wahrung des *NATO first*-Prinzips willen blockiert hatten. Damit zeigt sich, dass der Brexit gerade in der GASP und GSVP zwar große und äußerst schmerzhaft Lücken aufreißen wird; andererseits aber hat der Brexit bereits jetzt, noch vor seinem Vollzug, Beschlüsse ermöglicht, die zuvor stets an britischen Vetos gescheitert waren. Kurz: Die Chancen stehen nicht schlecht, dass die EU-27 das Potenzialthema Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiter ausbauen wird.

Allerdings bleibt die Zielmarke dieser Entwicklungen vollkommen offen. Obwohl immer mal wieder die Schaffung einer Europäischen Armee in Aussicht gestellt wird (Müller-Brandeck-Bocquet 2016: 381f. Europäische Kommission 2017), ist mit Dembinski die Frage zu stellen, ob eine „Vergemeinschaftung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik die Legitimationsressourcen der EU [nicht] überfordern würden“ (2017: 79). Oder deutlicher formuliert: Ist eine Vergemeinschaftung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik im EU-Rahmen denkbar, die auch die Landesverteidigung / Territorialverteidigung übernimmt? Derzeit wahrscheinlicher erscheint die Bildung eines starken europäischen Pfeilers innerhalb der NATO.

All diese Entwicklungen in der EU Sicherheits- und Verteidigungspolitik gilt es zu beobachten. An der Implementierung der erst im Dezember 2017 beschlossenen PESCO wird sich bald schon zeigen, wie nachhaltig und belastbar der Wille der teilnehmenden 25 Mitgliedstaaten ist, „anspruchsvollere Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten [zu] erfüllen“, so der Wortlaut des einschlägigen Artikels 42.6 EUV. Hier wird es vorrangig auf die Kompatibilität der deutschen und der französischen Vorstellungen und Ambitionsniveaus ankommen. Der dringend erforderlichen Entwicklung einer gemeinsamen strategischen Kultur dient die „Europäische Interventionsinitiative“ (EI2), die am 25.06.2018 von neun Teilnehmerstaaten in Luxemburg unterzeichnet wurde. Ihr konkreter Arbeitsauftrag wird sich erst noch konkretisieren müssen.

Über viele Jahre hinweg und inmitten eines internationalen Kontextes mit zahlreichen neuen Sicherheitsbedrohungen standen die Schwächen und Begrenzungen der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Zentrum der Aufmerksamkeit; hierauf konzentrierten sich Ausbaupläne, Initiativen und Anstrengungen. Angesichts der aktuell beobachtbaren Umbrüche der

⁴ Resilienz wird definiert als „Widerstandsfähigkeit, d.h. die Fähigkeit von Staaten und Gesellschaften Reformen durchzuführen und so internen und externen Krisen zu widerstehen und sich von ihnen zu erholen zu können“ (Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa, 2016: 19).

internationalen Ordnung in ihrer Gesamtheit rückt jedoch auch die genuine Außenpolitik der EU, ihre Handlungsmöglichkeiten, Fähigkeiten und Grenzen wieder in den Fokus. Denn allein eine außenpolitisch erfolgreiche, entschlossene EU wird beispielsweise das Nuklear-Abkommen nach dem US-amerikanischen Ausstieg retten können. Gekonnte Diplomatie, verlässliche Verhandlungen und Verträge, gegenseitige Vertrauensschaffung sind in der aktuellen Weltunordnung wohl die wichtigsten Güter, um Konflikte beizulegen und den Frieden zu erhalten. Insofern gilt es, der genuinen GASP im Potenzialthema Außen, Sicherheit und Verteidigung eine besondere, neue, letztlich aufgewertete Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Dies folgt auf den allenthalben konstatierten „return of politics“ (van Middelaar 2016), der Rückkehr geopolitischen Denkens.

5. Potenzialthema EU-Klimapolitik

Die Bekämpfung des Klimawandels ist ein weiteres der zentralen grenzüberschreitenden Probleme unserer Zeit. Nur in Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure kann die Erderwärmung eingedämmt werden. Darüber hinaus werden andere Politikfelder eng mit dem anthropogenen Klimawandel verknüpft, beispielsweise Sicherheit, Migration, Wirtschaft oder Nahrungsmittelversorgung. Diese Interdependenzen sowie die global ansteigenden Treibhausgasemissionen rücken die internationale Klimapolitik und damit auch die Rolle der EU, als einer zentralen klimapolitischen Akteurin, in den Fokus.

Nach China und den USA verursacht die EU derzeit die dritthöchsten CO₂-Emissionen mit 4,45 Gt im Jahr 2015 (Eurostat 2018). Im Zeitverlauf betrachtet, trägt die EU eine große Verantwortung, da sie lange hinter den USA auf Platz zwei der globalen Treibhausgasemissionen rangierte. Aus der historischen Verantwortung sowie den sichtbaren Umweltauswirkungen heraus erwuchs ein frühes Bewusstsein der Bevölkerung für den Umweltschutz und legte damit den Grundstein der Umweltbewegung der 1970er und 1980er Jahre. Sie forderte entsprechende politische Maßnahmen ein, auch auf Ebene der EG. Bereits auf den ersten internationalen Gipfeln zum Schutz der Umwelt und des Klimas zeigten sich die EG-Mitgliedsstaaten gegenüber einem verbindlichen Reduktionsziel offen und waren bereit, einen Teil der Verantwortung zu tragen. Erste Zusagen der EG, den Ausstoß diverser Treibhausgase bis 2000 auf dem Niveau von 1990 zu stabilisieren sowie verschiedene ergriffene Maßnahmen, beispielsweise die Energieeffizienz betreffend (Tröltzsch 2015: 310-311), führten zur Perzeption der EU als einer glaubwürdigen Klimaschutzakteurin (Grubb/Gupta 2000).

In der Folgezeit ging die EU oftmals mit ehrgeizigen Klimazielen als gutes Beispiel bei internationalen Klimaverhandlungen voran (Schreurs 2016: 220). Sie tat sich somit von Beginn der Verhandlungen zum internationalen Klimaregime (1992) als zentrale Akteurin hervor, die auf diplomatischer Bühne den Versuch unternahm, sowohl möglichst weitgehende Klimaschutzziele vertraglich zu verankern als auch die USA als den damals größten Emittenten einzubinden. Wenngleich das letztere nicht gelang, kann die EU in Bezug auf die eigenen Klimaschutzziele auf sichtbare Erfolge verweisen, so wurde 2015 ein Rückgang der CO₂-Emissionen um 23,6% im Vergleich zu 1990 verzeichnet (EEA 2017: iii) und damit das im Kyoto-Protokoll verankerte Ziel übererfüllt.

Dass die Europäische Union in der Vergangenheit eine *leadership*-Rolle im Rahmen der internationalen Klimapolitik einnahm, wurde bereits an verschiedenen Stellen diskutiert und be-

stätigt (Bäckstrand/Elgström 2013; Oberthür/Roche Kelly 2008; Wurzel 2012). Vor dem Hintergrund sich verändernder klimapolitischer Mechanismen wie dem *bottom-up*-Ansatz⁵ des Pariser Abkommens sowie neuer wichtiger Akteure, verkörpert durch die BASIC-Gruppe⁶, ist die Frage nach der derzeitigen Rolle der EU im Rahmen der internationalen Klimapolitik erneut zu stellen. Unterstrichen wird die Bedeutung dieser Analyse durch den bevorstehenden Brexit sowie dem 2017 angekündigten Ausstieg der USA aus dem Pariser Abkommen.

5.1 Die Rolle der EU in den internationalen Klimaverhandlungen

Bei der Aushandlung der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und des Kyoto-Protokolls in den 1980/1990er Jahren war die EU eine zentrale Stütze und Vorreiterin (van Schaik 2013: 358). Ihr gelang es, das einheitliche Referenzjahr 1990⁷ durchzusetzen und die USA in der Verankerung der flexiblen Mechanismen wie der *Joint Implementation*⁸ diplomatisch zu unterstützen. Obwohl diese Instrumente nicht im genuinen Interesse der EU lagen, konnten damit die USA zunächst in das Regime eingebunden werden. Der damalige US-Präsident George W. Bush lehnte die Ratifizierung des von seinem Vorgänger ausgehandelten Kyoto-Protokolls jedoch ab. Die EU war fortan als starke Verfechterin des Klimaschutzes allein und damit unverzichtbar; künftig oblag es ihr, die zum Inkrafttreten des Regimes nötigen Staaten⁹ von der Beteiligung am ersten Klimaschutzregime zu überzeugen. Dass 2005 das Kyoto-Protokoll nach der Ratifizierung durch Russland schlussendlich in Kraft treten konnte, wird daher als Erfolg der EU Klimadiplomatie anerkannt (Schreurs/Tiberghien 2007). Wenngleich das Inkrafttreten des Protokolls einen essentiellen Meilenstein der internationalen Klimapolitik darstellt, umfassen die darin verbrieften Verpflichtungen zur Einsparung der Treibhausgase lediglich die Industrieländer. Aufsteigende Schwellenländer, deren Emissionen infolge ihres neuen ökonomischen Erfolgs stetig anwachsen, wurden im Sinne des im Protokoll festgehaltenen Prinzips *common but differentiated responsibilities* nicht an den Maßnahmen zur Minderung der Treibhausgase beteiligt. Da die Ziele des Kyoto-Protokolls jedoch nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf unter 2 Grad Celsius zu beschränken, sollte ein Nachfolgeabkommen demgemäß alle Staaten umfassen und zudem ambitionierte Klimaschutzziele festschreiben.

Der große Wurf für ein Nachfolgeabkommen für das im Jahr 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll wurde 2009 in Kopenhagen angestrebt. Langwierige und komplizierte multilaterale Verhandlungen sollten zum Abschluss eines verbindlichen Abkommens führen, das künftig alle Staaten in die verschiedenen Einsparungs- und Anpassungsmaßnahmen einbindet. Mit den klassischen *top-down* gesetzten Zielen entsprach dieser Entwurf weder den Vorstellungen der *emerging powers* noch denen der USA. Nachdem der Gipfel zu scheitern drohte, handelte US-

⁵ Im Rahmen von *top-down*-Ansätzen werden politische Ziele von einer übergeordneten Ebene definiert. *Bottom-up*-Ansätze hingegen setzen auf die Zielfestsetzung auf der jeweils betroffenen Ebene und die anschließende Zusammenführung auf hoher Ebene.

⁶ Die BASIC-Gruppe setzt sich zusammen aus den Schwellenländern Brasilien, Südafrika, Indien und China, die im Rahmen der Klimaverhandlungen oftmals eine gemeinsame Agenda verfolgen.

⁷ Da sich die Treibhausgasemissionen 1990 auf einem geringeren Niveau als beispielsweise 2000 befanden, sind die vereinbarten Ziele mit Referenzjahr 1990 somit ambitionierter.

⁸ Unter *Joint Implementation* werden Maßnahmen mehrerer Industrieländer zur Senkung der Treibhausgase gefasst. Diese werden über Grenzen hinweg ergriffen, um die Einsparungen besonders effektiv zu gestalten (UN 1998: 5).

⁹ Im Kyoto-Protokoll wurde festgelegt, dass dieses erst in Kraft tritt, wenn 55 Staaten das Abkommen ratifiziert haben, die für mindestens 55% der 1990 durch Industriestaaten verursachten CO₂-Emissionen verantwortlich waren.

Präsident Barack Obama gemeinsam mit der BASIC-Gruppe den Kopenhagen-Accord aus, der lediglich eine Absichtserklärung darstellt (Brütsch/Papa 2013: 322). Demnach sollten die Vertragsstaaten nunmehr im Rahmen eines *bottom-up*-Prozesses bis zum 31.01.2010 Absichtserklärungen einreichen, die das jeweils selbst gesteckte „Emissionsziel“ umfassen. Lediglich 55 Staaten kamen dieser Aufforderung nach und formulierten wenig ambitionierte, meist bereits bekannte Ziele.

Die EU war bei den informellen Verhandlungen des Kopenhagen-Accord weitestgehend nicht involviert und konnte zudem das eigene Interesse – verbindlich festgelegter Klimaschutzziele für alle Vertragsstaaten – nicht durchsetzen (Qi 2011: 310). Dass in Kopenhagen kein Post-Kyoto-Abkommen verabschiedet werden konnte, kann als Desaster der internationalen Klimaschutzpolitik gelten. Dies gilt auch für die EU, denn sie büßte die bis dahin anerkannte Rolle als Klimaschutzvorreiterin mit dem Kopenhagen-Accord gänzlich ein.

Nur langsam konnte die EU durch einen Paradigmenwechsel ihre klimapolitische Bedeutung teilweise wiedererlangen. Von den noch im Kyoto-Protokoll verankerten *top-down* festgelegten Klimazielen wurde sich zugunsten eines *pledging*-Mechanismus verabschiedet. Dieser umfasst nun freiwillige Verpflichtungen, die *bottom-up* festgelegt werden. Sehr gut ist dies zu beobachten an der in Durban auf den Weg gebrachten Durban-Plattform zur Diskussion und Erarbeitung der Bedingungen eines verbindlichen und umfassenden Post-Kyoto-Protokolls, das beispielsweise das neue Element der freiwilligen Verpflichtungen umfasst (Vogler 2017: 25-26). Zudem wurde eine zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls von 2013-2020 vereinbart, dessen Unterzeichnerstaaten lediglich 15% der weltweiten Treibhausgasemissionen abbilden (Umweltbundesamt 2013), da beispielsweise Kanada, Russland und Neuseeland dieses nicht ratifizierten und somit aus dem Kyoto-Protokoll-II ausstiegen. Daher sind die Vereinbarungen von Durban umso bedeutender. Die freiwilligen Verpflichtungen werden von jedem Land individuell aufgestellt und umfassen verschiedene Klimaschutzziele, die später kritisch evaluiert und gegebenenfalls verschärft werden sollen. Im Zuge dieses Vorgehens sowie der wachsenden Bedeutung verschiedener Akteure sprechen Karin Bäckstrand und Ole Elgström (2013) von der neuen Rolle der EU als „leadiator“, einem *Leader* mit herausragenden Mediationsqualitäten. Dennoch war der Weg nach Paris und bis zu einem erfolgreichen Abschluss des ersten, auch die Klimaschutzbeiträge der Schwellen- und Entwicklungsländer umfassenden sowie verbindlichen Klimaabkommens weit und mit verschiedenen Herausforderungen verbunden.

Die im November 2014 erfolgte Ankündigung der Hauptemittenten China und USA, das Pariser Abkommen in Form von *Nationally Determined Contributions* (NDCs) zu unterstützen, wurde ihnen hoch angerechnet – und somit die Rolle der EU als Klimaschutzvorreiterin zwar nicht gänzlich in Frage gestellt, jedoch relativiert. Hiernach wurde deutlich, dass sich die über Jahrzehnte konstanten Rollenperzeptionen innerhalb der internationalen Klimapolitik durchaus verändern können; vermeintlich unambitionierte Staaten wie China und die USA übernahmen fortan eine aktive Rolle und setzten weitere zentrale Akteure wie Indien unter enormen Druck.

Die nationalen Klimaschutzziele betrachtend, ist nach Paris festzuhalten, dass die zugesagten Maßnahmen und Kennmarken das verabschiedete Ziel, die Erderwärmung idealiter auf unter 1,5 Grad zu beschränken, vor dem Hintergrund der aktuellen *pledges* verfehlt werden. Wenn gleich das Ziel der EU, im Rahmen des Abkommens bis 2030 40% der Treibhausgase einzusparen, enorm wirkt, sind die Zusagen im Vergleich zu den bereits im Klima- und Energiepaket

der EU verankerten Ambitionen relativ gering. Dieses Paket sieht die Senkung der CO₂-Emissionen um 20% bis 2020 vor, ein Ziel das zum heutigen Zeitpunkt mit der Einsparung von 23% erreicht und übererfüllt ist. Überdies werden die NDCs der EU letztlich nicht der historischen Verantwortung, die aus ihrer rasanten und umfassenden industriellen Entwicklung resultiert, gerecht (Oxfam et al. 2015: 3). Dieser Befund ist laut verschiedener Studien für zahlreiche Mitgliedstaaten gültig (UNFCCC 2015b: 11; Oxfam et al. 2015; Climate Action Tracker 2015). Ein Kernelement des Pariser Abkommens ist daher die fünfjährige Bestandsaufnahme und Reflexion der nationalen Ziele sowie deren Anpassung (*Stock Taking*). Zur Ausgestaltung dieses Mechanismus wurde im Rahmen der COP 23 in Bonn ein umfangreicher Entwurf für ein Regelbuch erarbeitet. Dieses soll das im fünfjährigen Rhythmus stattfindende *Stock Taking* regeln und auf eine möglichst vergleichbare Basis stellen. Da die Akteure selbst die Referenzjahre sowie die Ausgestaltung der Maßnahmen ihrer nationalen Zusagen (NDCs) festlegen, ist eine Vergleichbarkeit aktuell nicht gegeben und eine Einigung auf gemeinsame Kennzahlen daher notwendig.

Erste Gespräche zur kritischen Betrachtung verschiedener NDCs und zur dezidierten Einbindung der lokalen Akteure, die zur Umsetzung der NDCs von großer Bedeutung sind, starten nunmehr im Rahmen des Talanoa-Dialogs, der von den Gastgebern der COP 23, den Fidschi-Inseln, initiiert und von der EU unterstützt wurde. Nicht zuletzt im Rahmen dieser aktuellen Diskussionen für die kommende COP 24 in Polen gilt es, die Rolle der EU vor dem Hintergrund der neuesten Entwicklungen kritisch zu begleiten.

5.2 Die EU – wiedererstarkender Klimaschutzleader?

Ausgehend von den derzeitigen Herausforderungen im Zuge der Umsetzung des Pariser Abkommens wird der EU eine bedeutende Rolle zuteil. Bisher tat sie sich dabei erneut als *leader* hervor. Die Flankierung des Talanoa-Prozesses, der ein Anliegen der höchst vulnerablen Inselstaaten ist und zur Anpassung der nationalen Klimaziele führen soll, verdeutlicht den Mediationswillen der EU.

Der angekündigte US-amerikanische Ausstieg¹⁰ aus dem Pariser Abkommen setzt die EU jedoch zusätzlich unter enormen Druck. Die Europäische Kommission betonte im Zuge der Austrittsankündigung ihren Willen, weiterhin eine Führungsrolle einzunehmen: „The world can continue to count on Europe for global leadership in the fight against climate change“ (Cañete 2017), dem Europäischen Rat hingegen gelang es nicht, eine gemeinsame Erklärung abzugeben. Theresa May zeigte sich in einem Telefonat mit Präsident Trump zwar enttäuscht, verweigerte jedoch einem gemeinsamen Statement der EU die Unterstützung. Dies stieß auf breite Kritik im Rahmen des britischen Wahlkampfes (Asthana 2017), zudem wurde gemutmaßt, dass im Zuge des Brexits die Regierung Großbritanniens die US-amerikanischen Partner nicht zu stark kritisieren wollten (Bolzen 2017). Es oblag hernach dem Trio um Italien, Frankreich und Deutschland mit sehr klaren Worten zu reagieren: „Wir betrachten die im Dezember 2015 in Paris erzeugte Dynamik als unumkehrbar und sind der festen Überzeugung, dass das Übereinkommen von Paris nicht neu verhandelt werden kann, da es ein lebenswichtiges Instrument für unseren Planeten, unsere Gesellschaften und unsere Volkswirtschaften darstellt“ (Bundesregierung 2017). Ein erneuter Sonderweg der USA, wie im Zusammenhang

¹⁰ Der Ausstieg wird erst nach einer Frist von drei Jahren nach Inkrafttreten gültig, zudem ist im Pariser Abkommen eine Übergangsfrist von einem Jahr vereinbart. Somit kann der Ausstieg erst ab dem 4. November 2020 wirksam werden, ein Tag nach der kommenden Präsidentschaftswahl in den USA.

mit dem Kyoto-Protokoll eingeschlagen, wird hier deutlich abgelehnt und damit einhergehend ein starkes Signal und Bekenntnis zum Pariser Abkommen gesendet.

Die VR China zeigte sich ebenso enttäuscht und sprach von einem globalen Rückschlag. Außerdem machte Peking parallel einen Führungsanspruch geltend, um die entstandene Lücke durch den US-amerikanischen Ausstieg aus dem Pariser Abkommen und den damit verbundenen Verzicht auf eine Führungsrolle zu schließen. Jedoch sind dieser Ankündigung keine konkreten Bemühungen oder Initiativen gefolgt (Dröge/ Rattani 2018: 4-5). Die *emerging power* Indien wiederum zeigte keinerlei Ambitionen eine führende Rolle einnehmen zu wollen und betonte lediglich das Bedauern des Ausstiegs (Dröge/ Rattani 2018: 5).

Um jedoch einerseits einen Dominoeffekt zu verhindern und andererseits dem Pariser Abkommen dennoch zur erfolgreichen Umsetzung zu verhelfen, ist es nun an der EU ein breites und robustes Bündnis zu schmieden, das die wichtigen Akteure um die *emerging powers*, die vulnerablen Staaten sowie zahlreiche zivilgesellschaftliche und lokale Akteur_innen umfassen sollte. Gerade nordamerikanische Städte, Hochschulen und Bundesstaaten haben im Rahmen des Bündnisses *American Pledge* die Bedeutsamkeit dieser Akteursgruppen unterstrichen, indem sie auf der COP 23 bekräftigten, an den 2015 vereinbarten Klimaschutzzielen festzuhalten. Diese und ähnliche Initiativen sind wie nie zuvor auf die tatkräftige Unterstützung der EU angewiesen, wenn die Europäische Union den inklusiven Charakter des Pariser Abkommens aufrechterhalten und darüber hinaus eine bedeutende Rolle bekleiden will. Diese kann die EU jedoch lediglich dann glaubwürdig ausfüllen, wenn es ihr intern gelingt, die verschiedenen Konfliktpunkte, beispielsweise in den Bereichen Verkehr und Energie, auszuräumen. Zudem wird sie einen für alle zufriedenstellenden Mechanismus im Sinne des *burden sharings* zur Erfüllung der gesetzten Ziele finden müssen. Aktuell durchlaufen die Pariser Klimaziele die EU-internen Prozesse. Ein zentraler Knackpunkt dürfte die Kohleverstromung darstellen, denn Polen, aber auch Deutschland sowie Griechenland, stützen die Kohle als Energiequelle, wohingegen sich andere EU-Staaten wie Frankreich und Italien der *Powering Past Coal Alliance* um Kanada und Großbritannien anschlossen, die sich dem baldigen Ausstieg aus der Kohle verschrieben hat. Zudem gilt es, die interdependenten Politikfelder wie beispielsweise Energiesicherheit, Entwicklungszusammenarbeit und Landwirtschaft mit den Klimaschutzbestrebungen in Einklang zu bringen.

5.3 Klimaschutzpolitik – ein Potenzialthema der EU?

Im Zuge dieses ersten Überblicks zu der Ausgangsfrage, ob bzw. welches Potenzial die EU in Bezug auf den Klimaschutz aufweist, können drei zentrale Ansatzpunkte ausgemacht werden. Im Fokus steht hierbei an erster Stelle die zentrale Rolle der EU zur Umsetzung des Pariser Abkommens in Anbetracht des Ausstiegs der USA aus dem Klima-Regime sowie der noch nicht absehbaren klimapolitischen Folgen des Brexits. Beispielsweise ist noch nicht bekannt, ob sich das Vereinigte Königreich eigene NDCs geben wird oder ob es an den gemeinsamen EU-Zielen festhält. Außerdem galt UK bis dato als wichtiger Fürsprecher ambitionierter Klimaschutzmaßnahmen innerhalb der EU, dieses Engagement wird der EU als Antriebskraft fehlen.

Zweitens gilt es, die internationale Rolle der EU mit den innereuropäischen Prozessen und Beschlüssen zur Umsetzung der Klimaziele in Einklang zu bringen sowie ambitioniertere Ziele in den Blick zu nehmen. Diese werden von den Bürger_innen der EU sowohl unterstützt als auch gefordert. Bei einer repräsentativen Umfrage gaben 2017 94% der Befragten an, dass

ihnen der Schutz der Umwelt persönlich wichtig ist (EK 2017: 4). Darüber hinaus sind 62% der Befragten davon überzeugt, dass die EU nicht genug zum Schutz des Klimas und der Umwelt beiträgt, verglichen mit der Umfrage aus dem Jahr 2014 ist dieser Wert um sechs Prozentpunkte angestiegen (EK 2017: 17). Eine ambitionierte Klimapolitik innerhalb der EU sowie eine gewichtige Rolle auf dem internationalen Klimaparkett ist demnach besonders gut geeignet, das Vertrauen der Bürger_innen in die EU zu erhöhen.

Von herausragender Bedeutung ist der dritte Aspekt: die nachhaltige Ausgestaltung verschiedener Partnerschaften und die Kooperation auf Augenhöhe mit verschiedenen Akteuren der internationalen Klimapolitik. Über die Inklusion zivilgesellschaftlicher und lokaler Akteure hinaus ist es essenziell, bereits bestehende Kooperationen mit den *emerging powers* – allen voran China und Indien – neu zu beleben. Denn die punktuelle Analyse hat gezeigt, dass sich die EU einerseits zwar mit zahlreichen und großen Herausforderungen zur Wiedererlangung der Vorreiterrolle konfrontiert sieht, sie andererseits derzeit aber auch die einzige Akteurin darstellt, die aufgrund ihrer tradierten Rolle als Klimavorreiterin und ihrer vergleichsweise ehrgeizigen Ziele als glaubwürdig gelten kann.

Die Aktivierung und Umsetzung dieses beträchtlichen Potenzials wäre der EU in zweierlei Hinsicht dienlich. Auf der internationalen Ebene sollte es der EU so gelingen zur Vorreiterrolle zurück zu finden, indem sie – wie in der Geschichte bereits verschiedentlich geschehen – mit konkreten Zielen und Maßnahmen zum ambitionierten Klimaschutz vorangeht, um die Vielzahl der weiteren Akteure einzubinden. Die umfangreiche Implementierung verschiedener Instrumente zur Umsetzung des Pariser Abkommens innerhalb der EU ist hervorragend dazu geeignet, das Vertrauen der Bürger_innen in die Union zurückzugewinnen sowie zu stärken – insofern das Image der Klimaschutzvorreiterin glaubwürdig und nachhaltig mit Leben gefüllt wird.

6. Potenzialthema EU-Beziehungen zu den *emerging powers*

Die Europäische Union baut in der Ausgestaltung ihrer Außenpolitik, wie im Kapitel zur Klimapolitik beispielhaft ausgeführt, seit jeher auf internationale Partnerschaften:

„Abkommen und Partnerschaften sind zentrale Instrumente in allen außenpolitischen Dimensionen der EU [...] Abkommen und Partnerschaften durchziehen die gesamte EU-Außenpolitik, sie geben ihr vielfältige Form und Gestalt und füllen sie inhaltlich aus: Ihre Bedeutung für die Außenpolitik der EU ergibt sich auch aus deren spezifischem Charakter als eine politische Entität sui generis, die vorrangig als Rechtsgemeinschaft besteht. Daher können Abkommen und Partnerschaften als das ‚Herzstück‘ der Außenbeziehungen der EU zu Drittstaaten, Regionen und Organisationen bezeichnet werden.“ (Müller-Brandeck-Bocquet/Rüger 2015: 21f)

Dies bekräftigte Federica Mogherini, Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2014: „Europe was built on cooperation, and it is in our DNA to build partnerships on a global level“ (Mogherini 2015). Dabei hat sich die Europäische Union mit dem Beginn der 2000er Jahre vermehrt den sogenannten *emerging powers* als Partnern im internationalen Umfeld gewidmet. Diese Zuwendung ist das Ergebnis einer mehrstufigen Entwicklung. Während die EU in der Zeit des Kalten Krieges besonders Partnerschaften mit westlichen Verbündeten wie den USA, Kanada und Japan eingegangen war und sich danach der Stärkung regionaler Bündnisse verschrieben hatte, wurden die heutigen *emerging powers* noch als vorwiegend „hilfsbedürftige“ Staaten angesehen, die mit EU-

Geldern gefördert werden müssten, von denen man sich aber nur wenige unmittelbare Vorteile für den Stellenwert der EU vorstellen konnte. Das änderte sich mit dem wirtschaftlichen Aufschwung dieser Staaten, der zudem auch mit weltpolitischen Ambitionen einherging. Denn die Europäische Union verfolgt in ihrer Außenpolitik seit langem das Ziel, eine multipolare Weltordnung zu errichten und zu gestalten und sieht heute die Vertiefung ihrer Beziehungen zu den *emerging powers* als eine entscheidende Möglichkeit hierfür an. Deshalb hat die EU seit 2003 Strategische Partnerschaften unter anderem mit China, Indien, Brasilien, Südafrika, Mexiko und Südkorea geschlossen (Grotius 2011). Aber inwiefern sind die Beziehungen der Europäischen Union zu den *emerging powers* ein Potenzialthema?

6.1 Begriff der emerging powers

Heute nehmen aufsteigende Mächte, sogenannte Schwellenländer, eine immer wichtigere Rolle im Gefüge der internationalen Beziehungen ein – so z.B. in den Bereichen Handel, Finanzsystem, Sicherheits- oder Klimapolitik (Amijo/Roberts 2014). Der Begriff der *emerging powers* ist mit dem der *emerging markets* eng verknüpft. Diese Staaten haben ein großes ökonomisches Potenzial mit einem noch nicht abgeschlossenen Entwicklungsprozess. Zudem weisen sie ein überdurchschnittlich hohes volkswirtschaftliches Aufholwachstum auf (International Finance Corporation 2016). *Emerging powers* sind Staaten, die außerdem internationalen politischen Einfluss haben oder nach diesem streben. Zentrale Kriterien sind hierbei demographische und/oder geographische Größe, wachsende ökonomische und militärische Kapazitäten sowie steigende internationale politische Ambitionen inklusive der Artikulation, die Weltordnung verändern zu wollen (Schirm 2010: 197-198). So stellen Alexandroff und Cooper (2010: 13) fest:

„The international governance structure is in the midst of substantial change. [...] Countries that have remained on the margins of the global governance system for so long are now asking for a place at the table. These demands are accompanied by significant implications for global governance.”

Dabei nutzen die aufstrebenden Staaten unterschiedliche Ansätze. Während sie in einigen Fällen versuchen, sich in die etablierten Strukturen zu integrieren und auf diese Weise mehr Einfluss zu erreichen, wählen sie in anderen Situationen einen alternativen Weg zu bestehenden Strukturen und fordern diese heraus (Alexandroff/Cooper 2010). Ein konkretes Beispiel hierfür ist die New Development Bank, die von den BRICS als Alternative zu den etablierten Institutionen Weltbank und Internationaler Währungsfond gegründet wurde. Generell ist aber auch das Engagement der *emerging powers* im Bereich der *Club Governance* ein Anzeichen für die Herausforderung bestehender *Global Governance*-Strukturen. Abschließend dürfen neben diesen klassischen, bereits identifizierten Merkmalen von *emerging powers* auch immaterielle Faktoren, besonders die Selbst- und Außenwahrnehmung als *emerging power* nicht außer Acht gelassen werden (Gieg, Lowinger 2015), wie besonders der Fall Südafrika zeigt.

6.2 Die BRICS als mächtigste Vertreter der emerging powers?

Die wohl bekannteste Gruppe von *emerging markets*, die mittlerweile auch politische Wirklichkeit geworden ist, sind Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, die 2001 (damals noch ohne Südafrika) durch Jim O’Neill, dem Chefvolkswirt von Goldman Sachs identifiziert

und mit der Abkürzung BRIC(S) versehen wurden. Im Goldman Sachs Report 2003 „Dreaming with BRICs: The Path to 2050“ sagte der Autor voraus, dass China und Indien die dominanten Anbieter von Industriegütern und Dienstleistungen sein, während Brasilien und Russland den Rohstoffmarkt dominieren würden. Zudem würden die BRICs in kürzester Zeit die Vereinigten Staaten als führende Wirtschaftsmacht überholen und bis 2040 eine höhere Wirtschaftsleistung aufweisen als die G6¹¹ (Goldman Sachs 2003). Diese Prognose wurde selbstverständlich vor dem Hintergrund eines überdurchschnittlich hohen und rasant steigenden Wirtschaftswachstums von China und Indien sowie des großen Potenzials z.B. durch natürliche Ressourcen in Brasilien, China und Russland im Vergleich zu den westlichen Industrienationen prophesiert. So zeigen die Daten der Weltbank, dass das durchschnittliche Wirtschaftswachstum Chinas und Indiens in der Zeit vor Veröffentlichung des Berichts deutlich höher lag als das aller G6-Staaten und dass auch Russland im Zeitraum 1998 bis 2002 ein höheres durchschnittliches Wachstum aufweisen konnte als die am stärksten wachsende G6-Volkswirtschaft USA¹². Lediglich Brasilien und Südafrika fallen in dem Zeitraum etwas ab und ordnen sich im Fünf-Jahres-Zeitraum hinter den USA, dem Vereinigten Königreich und Frankreich ein¹³.

Doch obwohl das BIP-Wachstum der BRICS heute noch deutlich höher ist als das der EU-Staaten oder der USA, können zweistellige Raten auch von China oder Indien nicht mehr erreicht werden. Vielmehr hat die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 ebenfalls den *emerging powers* zugesetzt und ihren Höhenflug zumindest zeitweise eingegrenzt (Kiely 2016). Während Indiens Wirtschaftswachstum zwischen 2012 und 2016 gleichbleibend hoch war, wächst Chinas Wirtschaft im Vergleich zu den 1990er Jahren langsamer, wodurch sich das Wachstum beider Staaten angleicht. Im gleichen Zeitraum haben besonders die drei Vertreter des Euro-Raums (Deutschland, Frankreich, Italien) allem Anschein nach noch mit der Finanz- und Wirtschaftskrise zu kämpfen. Während Deutschlands Wachstum mit dem des Abschnitts 1993 bis 2002 vergleichbar ist, weisen Frankreich und Italien niedrigere, wenn nicht sogar negative Wachstumswerte auf. Diese sind aber auch für Brasilien und Russland zu verzeichnen. Im Falle Russlands zeigen die Sanktionen der Europäischen Union, die im Zuge der Krim-Krise verhängt wurden, anscheinend Wirkung¹⁴. Brasilien muss eine der größten Wirtschaftskrisen des Landes überstehen; zudem wird die politische Führung von Skandalen erschüttert¹⁵ (Woody 2017), weshalb das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der Jahre 2012 bis 2016 negativ ausfällt und sich auch 2017 mit 1% Wachstum (Xinhua 2017) nur langsam erholt.

¹¹ O'Neill nutzte in seinem Bericht nicht die bereits etablierte G7-Gruppe als Vergleich, weshalb auch hier der Vergleich mit Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, den USA und dem Vereinigten Königreich, nicht jedoch Kanada herangezogen wird.

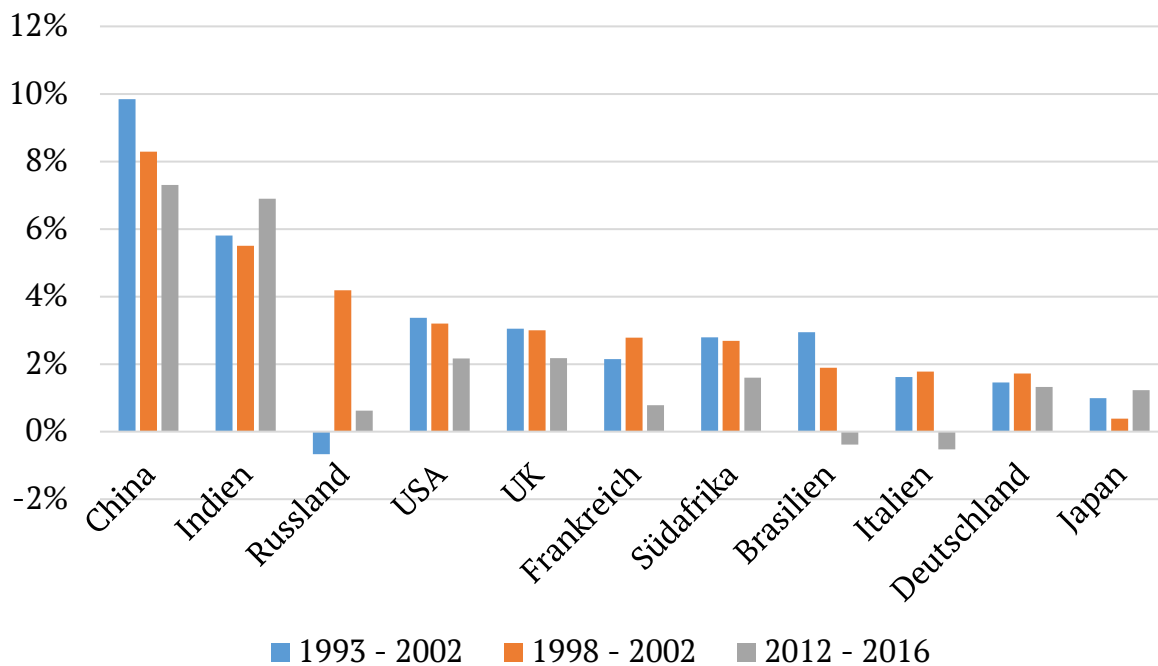
¹² Im Zeitraum 1993 bis 2002 weist Russland durch die Wirtschaftskrise Mitte der 1990er Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ein negatives durchschnittliches Wirtschaftswachstum auf. Betrachtet man nur die letzten fünf Jahre vor Veröffentlichung des Goldman Sachs-Berichts verändert sich dieses Bild.

¹³ Im Zeitraum 1993 bis 2002 ordnen sich Brasilien und Südafrika knapp hinter dem Vereinigten Königreich, aber deutlich vor Frankreich ein.

¹⁴ Betrug das Wirtschaftswachstum Russlands 2012 noch 3,7% und 2013 1,8%, so fiel es 2014 auf 0,7% und wurde 2015 (-2,8%) und 2016 (-0,2%) sogar negativ.

¹⁵ Nachdem Präsidentin Dilma Rousseff, die für die Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht wird, im August 2016 von ihrem Amt enthoben wurde, kam Michel Temer ins Amt. Gegen ihn laufen bereits Ermittlungen wegen Korruption, Behinderung der Justiz und Bildung einer kriminellen Vereinigung, die nur deshalb nicht vollstreckt werden, weil das Parlament seine Immunität nicht aufgehoben hat (Brühwiller 2017). Auch Rousseffs Vorgänger Luiz Lula da Silva, auf dem angesichts der Wahlen im Oktober 2018 einige Hoffnungen lagen, trägt durch seine Verurteilung wegen Korruption nicht zur politischen Stabilität bei.

Durchschnittliches Wirtschaftswachstum der BRICS und der G6
(1993 - 2002, 2012 - 2016)
Quelle: Weltbank 2018



Während Brasilien, China, Indien und Südafrika als *emerging powers* anerkannt sind, ist eine solche Kategorisierung in anderen Fällen komplizierter. So muss bei den BRICS zunächst eine Einschränkung bei der Betrachtung Russlands gemacht werden. Denn Russland wird aufgrund seiner Geschichte und seiner hohen Integration in die internationalen Machtstrukturen nicht als aufstrebende, sondern als etablierte Macht in den internationalen Beziehungen angesehen. Daher wird Russland aus den folgenden Betrachtungen ausgeschlossen. Auch die Kategorisierung weiterer *emerging markets*, wie den Next 11, den NEST oder den EAGLES, als *emerging powers* fällt schwer, da für diese Fälle zunächst eine Untersuchung hinsichtlich der zuvor identifizierten Merkmale erfolgen muss.

6.3 Potenziale und Herausforderungen der B(R)ICS am Beispiel der VR China

Nach dieser ersten kurzen Einordnung der Wirtschaftsmacht von *emerging powers* soll nun ein konkreterer Blick auf die Potenziale und Herausforderungen der B(R)ICS beispielhaft an der Volksrepublik China vollzogen werden.¹⁶ Chinas Wirtschaftswachstum befähigt das Land bereits seit einiger Zeit auch in der internationalen Politik seinen Einfluss auszubauen. Dabei investiert das Land zunehmend in Afrika, v.a. auch in diejenigen Regionen, die von der Europäischen Union gemieden werden (Gieg 2010). Doch nicht nur dort, auch in den USA und in Europa investieren chinesische Firmen und erhöhen so ihren Einfluss in den klassischen Industrienationen (Huang 2017). Dies führt dazu, dass China z.B. innerhalb der WTO immer

¹⁶ Eine solche Betrachtung wäre ebenfalls für die weiteren Vertreterstaaten der B(R)ICS (Brasilien, Indien, Südafrika) möglich und sollte in folgenden Veröffentlichungen Eingang in die Arbeiten finden.

deutlicher seine Ansprüche auf mehr Mitsprache zum Ausdruck bringt. Schließlich baut China seine militärischen Kapazitäten zusehends aus und versucht, damit seine Vormachtstellung im asiatischen Raum zu untermauern. Beispiele hierfür sind die Konflikte im südchinesischen Meer oder auch die sogenannte *string of pearls* im Indischen Ozean, also der Aufbau militärischer und strategischer Stützpunkte, die es China ermöglichen sollen, den Indischen Ozean als Einflussphäre zu gewinnen (Brewster 2017). Doch das schnelle Wirtschaftswachstum stellt China auch vor zunehmende Schwierigkeiten. Neben der Aufrechterhaltung der großen Exportvolumina – was auf Grundlage steigender Löhne und damit höherer Produktionskosten immer schwieriger werden wird (Plekhanov 2017) – versucht die Regierung die nationale Nachfrage zu steigern, was gleichzeitig einen Umbau des chinesischen Wirtschaftssystems gleichkommt (Jitaru/Popescu 2017: 255). Auch das chinesische klimapolitische Engagement kommt nicht von ungefähr (vgl. Kapitel 5), denn das Land hat bereits seit einigen Jahren mit den Umweltfolgen des ungezügelter Wachstums zu kämpfen; nicht nur durch verschmutzte Flüsse, sondern auch durch massive Luftverschmutzung in den Metropolen. Doch bei der Bewältigung dieser Probleme geht China seinen eigenen Weg, indem es in großem Maße *geoengineering* betreibt, also Eingriffe in die Natur mit möglicherweise globalen Effekten. Die größten Projekte umfassen u.a. den bereits errichteten Drei-Schluchten-Staudamm, den Versuch, durch Silberiodid Regen im klimatisch trockenen Tibet zu erzeugen¹⁷, oder den Plan, Berggipfel im Himalaya abzutragen, der allerdings wieder verworfen wurde (Mayer-Kuckuk 2018). Die langfristigen Folgen auf das chinesische und weltweite Klima sind dabei keinesfalls abzusehen.

6.4 Beziehungen der EU zu den emerging powers als Potenzialthema

Der letzte Abschnitt hat gezeigt, dass die *emerging powers* zwar zunehmend an Macht gewinnen, aber dennoch signifikante Herausforderungen bewältigen müssen. Beides kann und muss die EU in ihren Beziehungen zu den aufstrebenden Staaten nutzen. Die Beziehungen der Europäischen Union zu den *emerging powers* wurden in den letzten Jahren vor allem durch die Strategischen Partnerschaften vorangetrieben. Die Partnerschaften folgen allerdings keinem klaren Muster hinsichtlich Tiefe oder Institutionalisierung, sondern gehen vielmehr auf die individuellen Beziehungen und Interessen der beiden Partner ein. Dabei bauen sie auf bereits bestehenden Verträgen mit in der Regel entwicklungspolitischen Fokus auf und werden dann auf jeweils spezifische Weise intensiviert und ausgeweitet (Cirlig 2012: 3). Meistens haben die Strategischen Partnerschaften der EU mit *emerging powers* ihren Kern in den Bereichen Wirtschafts- und Entwicklungszusammenarbeit, Handelspolitik und dem wissenschaftlichen sowie technologischen Austausch. Dabei verfolgt die Europäische Union eine doppelte Zielsetzung: sie will ihre eigene Bedeutung als internationale Akteurin stärken und ausbauen und gleichzeitig mit den strategisch gewählten Partnerschaften den Aufbau einer effektiven multilateralen Weltordnung – mit der Europäischen Union als dem zentralen Bindeglied – vorantreiben (Müller-Brandeck-Bocquet, Rüger 2015: 344-347).

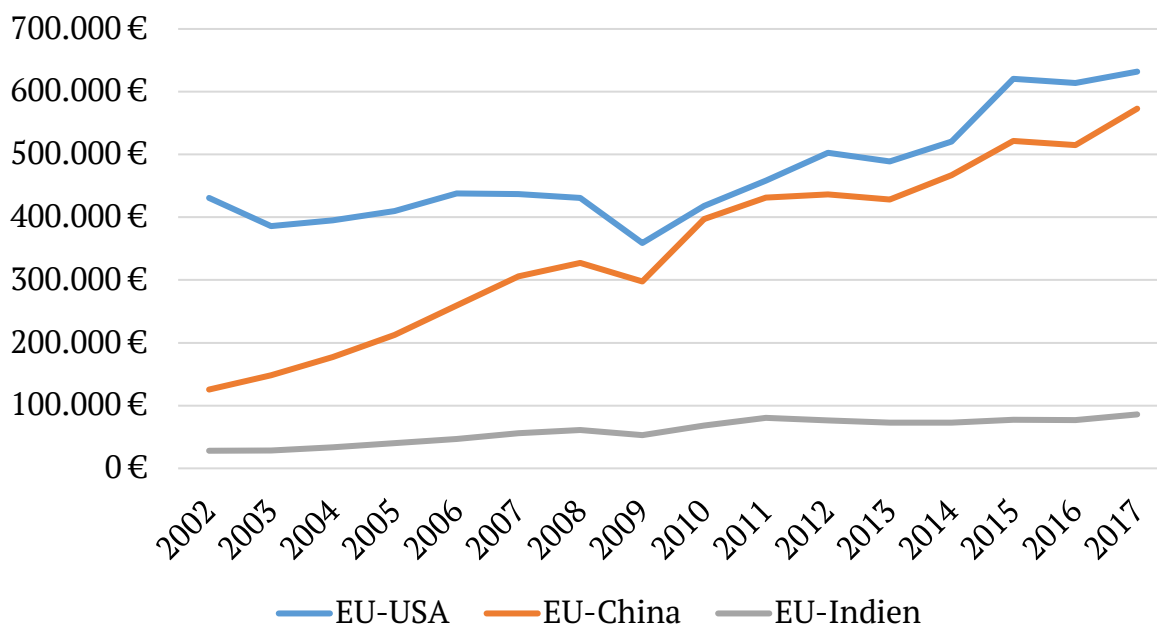
Doch trotz zeitweise intensiver Bemühungen, die Beziehungen zu den *emerging powers* zu vertiefen und gemeinsam die internationalen Beziehungen zu gestalten, stagnieren die Partnerschaften heute in vielen Fällen. So haben sich die Beziehungen der Europäischen Union zu China seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1975 zunächst langsam, dann jedoch zunehmend schneller entwickelt. Heute umfassen die Beziehungen über 60 Dialogforen, die unter anderem 2013 zur *EU-China 2020 Strategic Agenda for Cooperation* geführt haben, in der

¹⁷ Dieses so gewonnene Regenwasser soll dann über Tunnel in die 1.000 Kilometer entfernten Wüsten in der Provinz Xinjiang geleitet werden, um diese fruchtbar zu machen.

die beiden Akteure ihre Kooperationsmöglichkeiten in den Bereichen Frieden, Wohlstand und nachhaltiger Entwicklung dargelegt haben. Ein weiterer zentraler Baustein der Beziehungen ist der Dialog in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte (Europäischer Auswärtiger Dienst 2018). Hier drängt die EU immer wieder auf eine bessere Umsetzung der universellen Menschenrechte, ohne jedoch große Erfolge verzeichnen zu können. Auch in den Bereichen internationale Sicherheit (inklusive Cyber-Sicherheit) oder Klimawandel versuchen beide Mächte zusehends zu kooperieren (Maher 2016). Der bei weitem wichtigste Aspekt der Partnerschaft ist allerdings der Handelsdialog. Der Handel zwischen der EU und China wuchs in den letzten Jahren in unvergleichlichem Maß und wird aktuell nur noch vom Handelsvolumen zwischen der EU und den USA übertroffen (Howorth 2016: 391). So erhöhte sich das Handelsvolumen zwischen der EU und China zwischen 2002 und 2017 um 356%, von 125,5 Mrd. Euro auf 573 Mrd. Euro, während das Handelsvolumen zwischen der EU und den USA um 47% stieg, von 430,9 Mrd. Euro auf 632 Mrd. Euro. Damit stellen die USA und China die beiden wichtigsten Handelspartner der Europäischen Union dar. Während die EU gegenüber den USA allerdings einen Außenhandelsüberschuss aufweist, importiert die Europäische Union mehr aus China, als sie in das Land exportiert.

Handelsvolumen der EU mit den USA, China und Indien in Mio. Euro
(2002 - 2017)

Quelle: eigene Darstellung nach Eurostat (2018b)



Bereits seit 1963 bestehen die EU-Indien-Beziehungen. Die 2004 geschlossene Strategische Partnerschaft entsprach in seiner Entstehung „dem gängigen Muster [und bestand] vorrangig in der Aufwertung bereits bestehender entwicklungspolitischer Kooperationsbeziehungen“ (Müller-Brandeck-Bocquet/Rüger 2015: 354). Wie bereits bei China spielt auch in der EU-indischen-Partnerschaft die Vertiefung der Handelsbeziehungen eine zentrale Rolle. Doch während der Handel mit China floriert, können die Beziehungen zu Indien keine ähnliche Entwicklung vorweisen. Zwar stieg der Wert der Importe und Exporte zwischen 2002 und 2017

um 206% von 28 Mrd. Euro auf 86 Mrd. Euro, doch das Gesamtvolumen bleibt gering¹⁸. Damit ist die Europäische Union mit einem Anteil von 23% am Handelsvolumen zwar die wichtigste Partnerin Indiens, nimmt aber dennoch keine herausragende Stellung ein (Eurostat 2018b). Das liegt auch an der insgesamt geringen Marktöffnung des südasiatischen Landes. Doch weder die Regierung unter Manmohan Singh noch unter Narendra Modi zeigen großes Interesse an einer weiteren Öffnung, weshalb die Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen seit 2007 stagnieren. Weitere avisierte Themen der Strategischen Partnerschaft stellen „Konfliktprävention, Non-Proliferationspolitik, der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die Durchsetzung von Menschenrechten sowie die Stärkung von Frieden, Wohlstand und Stabilität in Südasien“ (Müller-Brandeck-Bocquet/Rüger 2015: 354) dar. Komplettiert werden die Beziehungen durch außenpolitische Konsultationen, Ministertreffen und regelmäßig stattfindende Gipfeltreffen.

Trotz der bestehenden Schwierigkeiten der EU-Partnerschaft mit Indien, ist sie im Vergleich zu denen mit Südamerika noch vergleichsweise klar ausgearbeitet. Nach dem Beitritt Spaniens und Portugals versuchte die EG/EU noch, die historisch engen wirtschaftlichen Beziehungen in Südamerika wieder zu intensivieren, nachdem die USA den *Part* als Hauptabnehmer südamerikanischer Produkte übernommen hatten. So wurden die politischen Beziehungen intensiviert und 1992 ein interregionales Rahmenabkommen mit Brasilien unterzeichnet (Saravia 2017: 1). Diese Bemühungen ließen mit der Osterweiterung 2004 allerdings wieder nach. So ist die Beziehung zu Brasilien zwar voll von Absichtserklärungen zu zukünftigen Initiativen, wagt man aber einen tieferen Blick, ist nicht klar, was mit der Partnerschaft tatsächlich erreicht werden soll (Howorth 2016: 392-395). Südafrika wiederum erlangte seinen Status als *emerging power* nicht durch, sondern trotz seines im Vergleich zum Rest der BRICS geringen Wirtschaftswachstums¹⁹. Im Fall Südafrika spielen die immateriellen Faktoren (Gieg/Lowinger 2015) eine gewichtigere Rolle. So beansprucht Südafrika für sich selbst eine Führungsrolle auf dem afrikanischen Kontinent und fordert beispielsweise mittels seines Strebens nach einem Sitz im UN-Sicherheitsrat auch auf weltpolitischer Bühne seinen Platz ein. Doch Südafrikas Führungsanspruch innerhalb Afrikas ist umstritten. Während es international zumeist als das Sprachrohr Afrikas anerkannt wird, fordert u.a. Nigeria seine Vormachtstellung innerhalb des afrikanischen Kontinents heraus (Schoeman 2015: 432). Auch die Bekämpfung der Flüchtlingskrise, die aktuell den Fokus der Afrikapolitik der Europäischen Union darstellt, hemmt die aktive Ausgestaltung der internationalen Bemühungen Südafrikas. Der Schwerpunkt europäischer Afrikapolitik liegt derzeit nicht auf einem engeren Austausch mit Südafrika oder der Einbindung des Landes in eine multipolare Weltordnung. Vielmehr ist die Partnerschaft mit der Afrikanischen Union und damit die Bekämpfung der Flüchtlingskrise bzw. Fluchtursachen durch eine intensivierte Kooperation mit Nordafrika und den Staaten in Subsahara-Afrika zum Hauptthema der Europäischen Union geworden, wie auch die strategischen Prioritäten des AU-EU-Gipfels zeigen:

“For the period leading up to the next Summit our strategic priorities will be:

- Investing in people – education, science, technology and skills development;
- Strengthening Resilience, Peace, Security and Governance;
- Migration and mobility
- Mobilizing Investments for African structural sustainable transformation”

(Europäische Union 2017: 4)

¹⁸ 2017 war Indien auf Platz 9 der wichtigsten Handelspartner der Europäischen Union.

¹⁹ Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum Südafrikas lag im Zeitraum zwischen 2007 und 2016 bei 2,13% (Weltbank 2018).

Die aktive, positive Ausgestaltung der Strategischen Partnerschaft mit Südafrika gerät so in den Hintergrund, was auch durch die klare Konzentration der *EU Global Strategy* auf die europäische Nachbarschaft verdeutlicht wird.

6.5 Die EU Global Strategy als mögliche Zeitenwende für die EU-emerging powers-Beziehungen

Auf den ersten Blick scheinen die angeführten Punkte und die Entwicklungen der letzten Jahre das Potenzial zu begrenzen, das in den Beziehungen der EU mit den *emerging powers* liegt. Doch die Vorzeichen internationalen Handelns der Europäischen Union haben sich in den letzten Jahren wieder verändert. Während seit 2008 die Finanzkrise die europäische Politik dominierte und sich die Europäische Union nach innen wandte, wird spätestens seit der Veröffentlichung der *EU Global Strategy* die Außenpolitik und insbesondere die Gestaltung der unmittelbaren Nachbarschaft wieder zu einem zentralen Feld europäischer Politik:

„Wir erleben gegenwärtig eine existenzielle Krise, innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. [...] Unser europäisches Projekt, das uns in beispielloser Weise Frieden, Wohlstand und Demokratie gebracht hat, ist in Frage gestellt. [...] Gleichzeitig bieten sich aber gerade jetzt außergewöhnliche Chancen. Globales Wachstum, Mobilität und technologischer Fortschritt – neben unseren zunehmend vertieften Partnerschaften – ermöglichen fortschreitende Entwicklung, [...]. Wir werden diese schwierige, zunehmend vernetzte, konfliktreiche und komplexe Welt navigieren und uns dabei von unseren gemeinsamen Interessen, Grundsätzen und Zielen leiten lassen.“ (Europäische Union 2016: 11)

Die Europäische Union sieht sich also durchaus nicht nur als einer von vielen Akteuren in den internationalen Beziehungen, sondern als eine Kraft, die die Geschehnisse der internationalen Politik (mit)gestalten kann. Dabei setzt sie sich „für eine auf Regeln basierende Weltordnung [ein], die in erster Linie auf dem Prinzip des Multilateralismus beruht und bei der die Vereinten Nationen im Zentrum stehen“ (Europäische Union 2016: 13). Die Strategie legt ihren Schwerpunkt auf die Nachbarschaft der Europäischen Union, indem die EU „in erster Linie in Europa und den umliegenden Regionen Verantwortung übernehmen“ (Europäische Union 2016: 14) will. Hierbei ist auch die zweite identifizierte Priorität der neuen Strategie von Interesse. So möchte die Europäische Union die Widerstandsfähigkeit von Staat und Gesellschaft – zusammengefasst unter dem Begriff der Resilienz – in ihrer östlichen und südlichen Nachbarschaft stärken. Diese reicht im Osten bis nach Zentralasien und im Süden bis nach Zentralafrika (Europäische Union 2016: 19-24). Doch auch „in weiter entfernten Gebieten“ will sich die EU „gezielt engagieren“ (Europäische Union 2016: 14), wobei die Anbahnung neuer Partnerschaften sowie die Erneuerung der bestehenden Verträge zentrale Elemente darstellen:

„In einer mehr und mehr vernetzten Welt wird die EU mit anderen Partnerschaften schließen. Die Union kann sich angesichts externer Bedrohungen nicht einfach nach innen wenden. [...] In einer konfliktreicheren Welt wird sich die EU von einem starken Verantwortungsbewusstsein leiten lassen. [...] Die Union wird als verantwortungsvoller, globaler Akteur auftreten, aber die Verantwortung muss geteilt werden. Die Verantwortung geht mit der Umgestaltung unserer externen Partnerschaften einher.“ (Europäische Union 2016: 6)

Den Schwerpunkt der erneuerten Partnerschaften nehmen – wie schon in der Strategie angekündigt – die europäische Nachbarschaft und die transatlantische Partnerschaft ein. Doch auch das weltweite Netzwerk wird durch die *EU Global Strategy* thematisiert. So werden unter anderem China, Indien, Japan, Israel, die Türkei, der Iran und weiterhin der Golf-Kooperationsrat, ASEAN und die Freihandelsabkommen der Europäischen Union genannt, die für die angestrebte multilaterale Weltordnung angepasst werden sollen (Europäische Union 2016). Dabei nimmt die EU auch eine zentrale Forderung der *emerging powers* auf, wenn sie das Ziel formuliert, „das bestehende [internationale] System zu ändern, anstatt es lediglich aufrechtzuerhalten“ (Europäische Union 2016: 33). Bemerkenswert ist zudem, dass die „Strategischen Partnerschaften“, die noch zu Beginn des 21. Jahrhunderts eines der zentralen, internationalen EU-Instrumente darstellten, in der neuen Strategie keine Erwähnung mehr finden. Hier ist jedoch zu vermuten, dass besonders das *Label* der Strategischen Partnerschaften als nicht mehr zeitgemäß angesehen wird und nicht, dass sich die Europäische Union von ihren bereits identifizierten, zentralen Partnern abwendet. Die wieder erweckten Bemühungen um Freihandelsabkommen mit MERCOSUR und Mexiko 2017/2018 sind Zeichen dieser wieder entdeckten Ambitionen europäischer Außenpolitik. Auch die aktuellen globalen Entwicklungen zeigen, dass die internationale Zusammenarbeit der Europäischen Union mit vielen unterschiedlichen Partnern wichtiger, denn je ist.

6.6 Ausblick

Insgesamt ist die Prognose der unaufhaltsamen BRICS, die Goldman Sachs 2003 aufgestellt hat, sicherlich überholt. Dennoch haben die *emerging powers* ein enormes Potenzial und müssen mittelfristig international mehr eingebunden werden und an den Entscheidungsmechanismen der klassischen *Global Governance* gerechter teilhaben. Das gilt zum einen wirtschaftlich, besonders aber politisch. Es muss daher das ureigene Interesse der Europäischen Union sein, die Ziele der *EU Global Strategy* umzusetzen und gute, starke Partnerschaften mit den *emerging powers* zu schließen bzw. auszubauen. Dies ist nicht zuletzt dadurch geboten, dass sich die Weltordnung seit längerer Zeit im Umbruch befindet. Die EU hat bewiesen, dass das Pflegen und Vertiefen von Partnerschaften in ihrer DNA liegt und sie sich neuen Gegebenheiten anpassen kann. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, gemeinsam mit den *emerging powers* eine effektive multipolare Weltordnung zu gestalten und auch die bestehenden Machtstrukturen der internationalen Institutionen aufzubrechen. Nicht zuletzt aufgrund der Verunsicherungen in den transatlantischen und internationalen Beziehungen durch die Trump-Administration gilt es, die Zusammenarbeit mit aufstrebenden Mächten neu auszurichten und zu verstärken – wie in der *EU Global Strategy* angedacht. Die EU kann sich nur dann langfristig politisch und wirtschaftlich wettbewerbsfähig halten, wenn sie es schafft, die *emerging powers* zu integrieren und als verlässliche Partner auf Augenhöhe zu etablieren. Denn nicht nur die Europäische Union braucht die Partnerschaft mit den *emerging powers*; auch die *emerging powers* benötigen die Partnerschaft mit der Europäischen Union, um ihre internationalen Ziele zu erreichen.

7. Fazit

So gilt es heute für die EU eine Führungsrolle sowohl bei der Umsetzung der Pariser Klimaziele als auch bei der Aufrechterhaltung oder aber Neuverhandlung des Iran-Abkommens einzunehmen, nachdem die aktuelle US-Administration unter Präsident Donald Trump beide Verträge aufgekündigt bzw. den Ausstieg zumindest verkündet hat. Die Europäische Union kann diese Herausforderungen selbstverständlich nicht alleine meistern, sondern ist mehr denn je auf Partnerländer angewiesen. Dennoch waren die Handlungsprioritäten, die in den ersten beiden Jahren aus der *EU Global Strategy* extrahiert wurden, die Herstellung der Resilienz von Staat und Gesellschaft in der europäischen Nachbarschaft sowie die Weiterentwicklung der EU Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur, z.B. über die Einrichtung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit. Die Erneuerung internationaler Abkommen wurde noch nicht als entsprechende Priorität identifiziert (vgl. Europäischer Auswärtiger Dienst 2017a; vgl. Europäischer Auswärtiger Dienst 2017b). Allerdings hat die Europäische Union im Verlauf des zweiten Implementationsjahres der *global strategy* eine neue Priorität identifiziert, die es zu verfolgen gilt:

„A second priority will be to support regional organisations and other forms of regional cooperation both within and outside Europe. This kind of cooperation is in the DNA of the European Union and will be crucial to advance peace and prosperity in its neighbourhood and beyond.“
(Europäischer Auswärtiger Dienst 2017b)

Literaturverzeichnis

- Alexandroff, Alan S./Cooper, Andrew F.* 2010: Introduction, in: dies. (Hrsg.): *Rising States, Rising Institutions. Challenges for Global Governance*, Washington, 1-16.
- Amijo, Leslie Elliott/Roberts, Cynthia* 2014: The Emerging Powers and Global Governance: Why the BRICS matter, in: Looney, Robert E. (Hrsg.): *Handbook of Emerging Economies*, New York, 503-524.
- Asthana, Anushka* 2017: No 10 defends May not signing letter opposing US on Paris climate deal, in: <https://www.theguardian.com/politics/2017/jun/02/theresa-may-downing-street-declaration-us-paris-climate-agreement-donald-trump>; 23.05.2018.
- Bäckstrand, Karin/Elgström, Ole* 2013: The EU's role in climate change negotiations: from leader to 'lead actor', in: *Journal of European Public Policy* 20:10, 1369-1386.
- Bolzen, Stefanie* 2017: Kritik an Trump traut sich die Regierung May nicht zu, in: <https://www.welt.de/ausland/article165186364/Kritik-an-Trump-traut-sich-die-Regierung-May-nicht-zu.html>; 23.05.2018.
- Brewster, David* 2017: Silk Roads and Strings of Pearls: The Strategic Geography of China's New Pathways in the Indian Ocean, in: *Geopolitics* Vol. 22:2, 269-291.
- Brühwiller, Tjerk* 2017: Eine Nation auf dem Schleudersitz, in: <https://www.nzz.ch/meinung/politische-krise-in-brasilien-eine-nation-auf-dem-schleudersitz-ld.1302624>; 19.06.2018.
- Brütsch, Christian/Papa, Mihaela* 2013: Deconstructing the BRICS: Bargaining Coalition, Imagined Community or Geopolitical Fad?, in: *The Chinese Journal of International Politics* 6, 299-327.
- Bundesregierung* 2017: Erklärung zur Ankündigung der Vereinigten Staaten von Amerika, von dem Übereinkommen von Paris über den Klimawandel zurückzutreten, in: <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2017/06/2017-06-01-gemeinsame-erklaerung.html>; 23.05.2018.
- Cañete, Miguel Arias* 2017: Statement by Climate Action and Energy Commissioner Miguel Arias Cañete on the US announcement to withdraw from the Paris Agreement, in: http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-17-1513_en.htm; 23.05.2018.
- Cirlig, Carmen-Cristina* 2012: Library Briefing. EU Strategic Partnerships with third countries, in: [http://www.europarl.europa.eu/RegData/bibliotheque/briefing/2012/120354/LDM_BRI\(2012\)120354_REV1_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/bibliotheque/briefing/2012/120354/LDM_BRI(2012)120354_REV1_EN.pdf); 21.06.2018.
- Climate Action Tracker* 2015: Climate Action Tracker, in: <http://climateaction-tracker.org/global.html>; 23.05.2018.
- Coeuré, Benoit* 2017: Globalisierung aktiv mitgestalten: Souveränität durch europäische Integration, in: *Europäische Fragen. Policy Paper der Fondation Robert Schumann* Nr. 468, 3.4.2017.
- Dembinski Matthias* 2017: Ist die EU als Friedensmacht am Ende?, in: *Friedensgutachten 2017*, Münster, 69-81.

- Dröge, Susanne/Rattani, Vijeta* 2018: Internationale Führung in der Klimapolitik nach der COP23: Die EU vor neuen klimadiplomatischen Aufgaben, in: SWP-Aktuell 9. Berlin, in: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2018A09_dge_Rattani.pdf; 23.05.2018.
- EEA* 2017: Annual European Union greenhouse gas inventory 1990-2015 and inventory report 2017, in: https://www.district-energy.gr/wp-content/uploads/2017/11/EU-NIR-May-2017_final_EEA_v2.2.pdf; 23.05.2018.
- Ehrhart, Hans-Georg* 2002: Leitbild Friedensmacht? Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Herausforderung der Konfliktbearbeitung, in: ders. (Hrsg.): Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Positionen, Perzeptionen, Probleme, Perspektiven, Baden-Baden, 243-258.
- Europäische Kommission* 2017: Special Eurobarometer 468: Attitudes of European citizens towards the environment. [Zitiert als EK 2017], in: https://data.europa.eu/euodp/data/dataset/S2156_88_1_468_ENG; 23.05.2018.
- Europäische Union* 2016: Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa. Eine Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, in: http://europa.eu/globalstrategy/sites/globalstrategy/files/eugs_de_0.pdf; 19.06.2018.
- Europäische Union* 2017: Joint Declaration of 5th African Union-European Union Summit, 30 November 2017. Investing in Youth for Accelerated Inclusive Growth and Sustainable Development, in: https://www.consilium.europa.eu/media/31991/33454-pr-final-declaration_au_eu_summit.pdf; 19.06.2018.
- Europäischer Auswärtiger Dienst* 2017a: From Shared Vision to Common Action: Implementing the EU Global Strategy. 1 Year, in: https://europa.eu/globalstrategy/sites/globalstrategy/files/full_brochure_year_1.pdf; 19.06.2018.
- Europäischer Auswärtiger Dienst* 2017b: Implementing EU Global Strategy - Year 2, in: <https://europa.eu/globalstrategy/en/implementing-eu-global-strategy-year-2?ajax=1>; 19.06.2018.
- Europäischer Auswärtiger Dienst* 2018: EU-China Relations Factsheet, in: https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage_de/34728/EU-China%20Relations%20factsheet; 19.06.2018.
- Eurostat* 2018a: Total greenhouse gas emissions by countries, in: [http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/File:Total_greenhouse_gas_emissions_by_countries_\(including_international_aviation_and_indirect_CO2_excluding_LULUCF\),_1990_-_2015_\(million_tonnes_of_CO2_equivalents\)_updated.png](http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/File:Total_greenhouse_gas_emissions_by_countries_(including_international_aviation_and_indirect_CO2_excluding_LULUCF),_1990_-_2015_(million_tonnes_of_CO2_equivalents)_updated.png); 22.05.2018.
- Eurostat* 2018b: Extra-EU-Handel nach Partner, in: <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do>; 19.06.2018.
- Fischer, Joschka* 2018: Der Abstieg des Westens. Europa in der neuen Weltordnung des 21. Jahrhunderts, Köln.
- Gieg, Philipp* 2010: Great Game um Afrika? Europa, China und die USA auf dem Schwarzen Kontinent, Baden-Baden.

- Gieg, Philipp/Lowinger, Timo* 2015: Introduction: Exploring Emerging India, in: Würzburger Arbeitspapiere zur Politikwissenschaft und Sozialforschung, Nr. 7, 4-9.
- Goldman Sachs* 2003: Dreaming with BRICs: The Path to 2050, in: Global Economics Paper, Nr. 99, in: <http://www.goldmansachs.com/our-thinking/archive/archive-pdfs/brics-dream.pdf>; 14.06.2018.
- Grabbe, Heather* 2005: The EU's transformative power. Europeanization through Conditionality in Central and Eastern Europe, London.
- Grotius, Susanne* 2011: The EU and the 'special ten': deepening or widening Strategic Partnerships?, Madrid.
- Grubb, Michael/Gupta, Joyeeta* 2000: Climate Change, Leadership and the EU, in: dies. (Hrsg.): Climate Change and European Leadership, Dordrecht, 3-14.
- Howorth, Jolyon* 2016: EU Global Strategy in a changing world: Brussels' approach to the emerging powers, in: Contemporary Security Policy 37:3, 389-401.
- Huang, Yukon* 2017: Why China invests more in Europe than in the US, in: <https://www.ft.com/content/a7641d16-6c66-11e7-b9c7-15af748b60d0>; 19.06.2018.
- International Finance Corporation* 2016: Climate Investment Opportunities in Emerging Markets. An IFC Analysis, in: https://www.ifc.org/wps/wcm/connect/51183b2d-c82e-443e-bb9b-68d9572dd48d/3503-IFC-Climate_Investment_Opportunity-Report-Dec-FINAL.pdf?MOD=AJPERES; 14.06.2018.
- Jitaru, Loredana/Popescul, Lorena Florentina* 2017: Economic relations EU-China – the mechanism that the European Union outlines the position of the economic actor, CES Working Papers IX:3, in: http://ceswp.uaic.ro/articles/CESWP2017_IX3_JIT.pdf; 19.06.2018.
- Kiely, Ray* 2016: The rise and fall of emerging powers: Globalisation, US Power and the Global North-South divide, Basel.
- Krauthammer, Charles* 1990: The Unipolar Moment, in: Foreign Affairs 70:1, 23-33.
- Kupchan, Charles* 2017: Ein Bündnis der Mitte. Angesichts des Versagens der USA und Großbritanniens, liegt es an Kontinentaleuropa, die liberale Ordnung zu sichern, in: Süddeutsche Zeitung, 14.02.2017, 3.
- Maher, Richard* 2016: The elusive EU-China Strategic Partnership, in: International Affairs, 92:4, 959-976.
- Manners, Ian* 2002: Normative Power Europe: A Contradiction in Terms?, in: Journal of Common Market Studies, 40:2, 235-258.
- Maull, Hanns W.* 2017a: Einführung in die Thematik und Zusammenfassung der Ergebnisse, in: ders. (Hrsg.): Auflösung oder Ablösung? Die internationale Ordnung im Aufbruch, in SWP-Studie 2017/S 21, 7-18.
- Maull, Hanns W.* 2017b: Resümee, in: ders. (Hrsg.): Auflösung oder Ablösung? Die internationale Ordnung im Aufbruch, in SWP-Studie 2017/S 21, 113-131.

- Mayer-Kuckuk, Finn* 2018: Dann ändern wir halt den Planeten!, in: <https://www.zeit.de/wissen/2018-05/geoengineering-china-klimawandel-wetter-oekosysteme-klimasysteme>; 19.06.2018.
- Middelaar, Luuk van* 2016: The Return of Politics – The European Union after the crises in the eurozone and the Ukraine, in: *Journal of Common Market Studies* 54:3, 495-507.
- Mogherini, Federica* 2015: Check Against Delivery (Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz, München, 08.02.2015), in: http://collections.internetmemory.org/haeu/content/20160313172652/http://eeas.europa.eu/statements-eeas/2015/150208_01_en.htm; 14.06.2018.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela* 2016: Deutsche Prioritäten für Europas Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Böttger, Katrin/Jopp, Mathias (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Europapolitik*, Baden-Baden, 377-393.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela* 2018 (im Erscheinen): Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU: Neue Perspektiven nach dem Brexit-Referendum?, in: Loureda, Oskar (Hrsg.): *Europa - Realität und Vision*, Heidelberg, 9-26.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela/Rüger, Carolin* 2015: *Die Außenpolitik der EU*, Berlin/Boston.
- Oberthür, Sebastian/Roche Kelly, Claire* 2008: EU Leadership in International Climate Policy: Achievements and Challenges, in: *The International Spectator* 43:2, 35-50.
- Oxfam et al.* 2015: Fair Shares: A civil Society Equity Review of INDCs: Summary, in: https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/ib-civil-society-review-climate-indcs-191015-en_2.pdf; 23.05.2018.
- Plekhanov, Dmitriy* 2017: Is China's Era of Cheap Labor Really over?, in: <https://thediplomat.com/2017/12/is-chinas-era-of-cheap-labor-really-over/>; 19.06.2018.
- Qi, Xinran* 2011: The rise of BASIC in UN climate change negotiations, in: *South African Journal of International Affairs* 18:3, 295-318.
- Rudolf, Peter* 2016: Liberale Hegemonie und Außenpolitik unter Barack Obama, SWP-Aktuell 56, in: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A56_rdf.pdf, 05.07.2018.
- Rudolf, Peter* 2017: Die USA unter Trump. Mögliche Konsequenzen für die transatlantischen Beziehungen, in: *Friedensgutachten 2017*, Münster, 45-55.
- Saraiva, Miriam Gomes* 2017: The Brazil-European Union strategic partnership, from Lula to Dilma Rousseff: a shift of focus, in: *Revista Brasileira de Política Internacional* 60:1, 1-17.
- Scheuermann, Manuela* 2012: VN-EU-Beziehungen in der militärischen Friedenssicherung: eine Analyse im Rahmen des Multilateralismus-Konzepts, Baden-Baden.
- Schirm, Stefan A.* 2006: *Globalisierung: Forschungsstand und Perspektiven*, Baden-Baden.
- Schirm, Stefan A.* 2010: Leaders in need of followers: Emerging Powers in Global Governance, in: *European Journal of International Relations* 16:2, 197-221.

- Schneckener, Ulrich* 2009: Globales Regieren durch Clubs. Definitionen, Chancen und Grenzen von Club Governance, in SWP-Aktuell 47, in: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2009A47_skr_ks.pdf, 05.07.2018.
- Schoeman, Maxi* 2015: South Africa as an emerging power: from label to 'status consistency', in: *South African Journal of International Affairs* 22:4, 429-445.
- Schreurs, Miranda A.* 2016: The Paris Climate Agreement and the Three Largest Emitters: China, the United States, and the European Union, in: *Politics and Governance* 4: 3, 219-223.
- Schreurs, Miranda/Tiberghien, Yves* 2007: Multi-level Reinforcement: Explaining European Union Leadership in Climate Change Mitigation, in: *Global Environmental Politics* 7:4, 19-46.
- Steinmeier, Frank-Walter* 2007: Zivilmacht mit Zähnen suchen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 08.02.2017.
- Tröltzsch, Jenny* 2017: Die Europäische Union, in: Simonis, Georg (Hrsg.): *Handbuch globale Klimapolitik*, Paderborn, 302-333.
- Umweltbundesamt* 2013: Kyoto-Protokoll, in: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/internationale-eu-klimapolitik/kyoto-protokoll#textpart-3>; 23.05.2018.
- United Nations* 1998: Kyoto Protocol to the United Nations Framework Convention on Climate Change. [Zitiert als UN 1998], in: <http://unfccc.int/resource/docs/convkp/kpeng.pdf>; 23.05.2018.
- United Nations Framework Convention on Climate Change* 2015: Synthesis report on the aggregate effect of the intended nationally determined contributions. [Zitiert als UNFCCC 2015b], in: <http://unfccc.int/resource/docs/2015/cop21/eng/07.pdf>; 23.05.2018.
- van Schaik, Louise* 2013: The European Union and the climate change regime, in: Jorgensen, Knud Erik/Laatikainen, Katie Verlin (Hrsg.): *Routledge Handbook on the European Union and International Institutions: Performance, policy, power*, Abingdon, 357-371.
- Vogler, John* 2017: Global climate politics: can the EU be an actor?, in: Wurzel, Rüdiger K.W./Connelly, James/Lieffering, Duncan (Hrsg.): *The European Union in International Climate Change Politics: Still taking a lead?*, Abingdon, 20-33.
- Weltbank* 2018: GDP Growth (annual %), in: <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG?end=2016&locations=CN-IN-JP-RU-FR-DE-US-GB-BR-ZA-IT&start=1993>, 14.06.2018.
- Woody, Christopher* 2016: Brazil is struggling with scandals and crises, and people there may look to the military for a fix, in: <https://www.businessinsider.de/brazil-facing-scandal-and-crises-and-military-may-get-involved-2017-9?r=US&IR=T>; 19.06.2018.
- Wurzel, Rüdiger* 2012: *The European Union as a leader in international climate change politics*, London.
- Xinhua* 2018: Brazil sees one-percent GDP growth in 2017, in: http://www.xinhuanet.com/english/2018-03/02/c_137009512.htm; 19.06.2018.